



Gesellschaft für
bedrohte Völker

bericht

Unsere Menschenrechtsarbeit 2022



INHALTSVERZEICHNIS

Der Bundesvorstand	5
Vorwort Bundesvorstand	6
Das GfbV-Team	7
Vorwort Direktor	8

Menschenrechtsthemen im Fokus

Indigene Völker

Indigene Aktivist*innen aus Russland stärken!	11
Projekt „Peru-Brasilien“ – Unterstützung der Asháninka	12
OECD-Verfahren gegen TÜV-Süd	14
Klimastreik in Hannover mit Fridays for Future	15
Protest gegen den Export von BAYER-Pestiziden	16
Die Aktion Y for Yanomami	17
Wahlbeobachtung in Brasilien	18
Begleitung des Asháninka-Vertreter Benki Piyāko auf dem internationalen Parkett	19
UN-Klimakonferenz COP27 in Sharm el-Sheikh, Ägypten (6. - 20. November 2022)	20
Adventskalender thematisiert illegale Adoption von Kindern aus in Chile	21

Ethnische, religiöse, sprachliche Minderheiten und Nationalitäten

Projekt – Rote Karte für Katar	24
Arbeit zum Yezidentum	26
Ethnische und religiöse Minderheiten im Nahen Osten	28

Genozid-Prävention und Schutzverantwortung

Anhaltende Menschenrechtsverletzungen in China	33
Bruch des humanitären Völkerrechtes in der Ukraine	36
Bosnien und Herzegowina droht zu zerfallen	37
Totalversagen der internationalen Gemeinschaft in Myanmar	38
Sinti und Roma: Fortschritte und Herausforderungen	39
Die Banyamulenge in der Demokratischen Republik Kongo	40
Massenvertreibungen für vermeintlichen Naturschutz in Tansania	41
Unzulängliches Abkommen mit Namibia	42
Weitere Aktivitäten	42

INHALTSVERZEICHNIS

Lautstark für bedrohte Völker

Die Gesellschaft für bedrohte Völker	45
Die GfbV bei den Vereinten Nationen	46
Unser Bildkalender 2024	47
Online für Menschenrechte	48
Die Regional- und Aktionsgruppen der GfbV	49
Die Sektion Bosnien	50
Die Sektion Schweiz	51
Die Sektion Südtirol	52
Unsere Zeitschrift „Für Vielfalt“	53
Geschäftsführung und Finanzen	57
Der Förderverein für bedrohte Völker e.V.	65
Auf einen Blick – wichtige Gremien und Kontakte	66
Im Gedenken an Tilman Zülch	67
Impressum	71

Wir freuen uns über Ihr Interesse
an unserer Arbeit!

BUNDES SVORSTAND



Burkhard Gaulty, *Bundesvorsitzender*



Eytan Çelik, *stellv. Bundesvorsitzende*



Kaan Orhon, *Vorstandsmitglied*



Abidine Ould-Merzough, *Vorstandsmitglied*



Heiko Wächter, *Vorstandsmitglied*

Vorwort Bundesvorstand

Liebe Mitglieder, liebe Freundinnen
und Freunde der GfbV,

der Jahresbericht 2022 wird vom Tod unseres Gründers, langjährigen Vorsitzenden und Generalsekretärs Tilman Zülch im Frühjahr 2023 überschattet. Wir sind dankbar für die vielen solidarischen und tröstenden Botschaften, die uns anlässlich seines Todes erreicht haben. Sein Lebenswerk, den kompromisslosen Einsatz für notleidende Menschen weltweit, setzen wir mit aller Kraft fort.

Unser im Herbst 2021 gewählter Vorstand hat sein erstes vollständiges Jahr hinter sich gebracht. Im vergangenen Jahr haben wir die Kontakte mit den Sektionen in der Schweiz, Österreich, Südtirol und Bosnien-Herzegowina verstärkt. Wir haben die GfbV-International neu besetzt und arbeiten an einer neuen Satzung für dieses Gremium. Zugleich entwickeln wir die langfristige strategische Ausrichtung der deutschen Sektion weiter.

Im Bereich Ehrenamt bemühen wir uns um weitere Formate, damit sich Interessierte auch neben den bestehenden Regionalgruppen für den Schutz bedrohter Minderheiten einsetzen können. Eine der ersten vielversprechenden Kampagnen war „Y for Yanomami“ im Sommer 2022. Die Regionalgruppen haben mit Gesine Gerdes und Anna Hobbiebrunken ein neues Sprecherinnen-Duo gewählt. Dem langjährigen Sprecher Kajo Schukalla sind wir zu großem Dank verpflichtet. Er bleibt uns als treuer und aktiver Mitstreiter erhalten.

Die zahlreichen Menschenrechtsverletzungen weltweit werden uns auch in Zukunft herausfordern. Der russische Krieg gegen die Ukraine hat schreckliche neue Wunden aufgerissen und die fortgesetzten Verbrechen auf der Krim und in den indigenen Gebieten Sibiriens in den Fokus gerückt. Die Lage auf dem Westbalkan spitzt sich zu, die bedrohliche Situation der kurdischen Bevölkerung Syriens, des Iran, Irak und der Türkei gibt Anlass zu größter Sorge. Und auch wenn in Brasilien ein neuer Präsident gewählt wurde, werden indigene Völker und ihr Lebensraum dort weiter von mächtigen wirtschaftlichen Interessen bedroht.

Vor dem Hintergrund dieser Herausforderungen sind wir Ihnen, liebe Mitglieder und Ehrenamtliche, liebe Spenderinnen und Spender, Förderinnen und Förderer, Abonentinnen und Abonnenten, besonders dankbar. Denn Ihr fortdauerndes Engagement, Ihre Treue und Ihre finanzielle Unterstützung ermöglichen unseren gemeinsamen Einsatz für die Betroffenen. Auch im Namen unserer Belegschaft möchte der Vorstand Ihnen für Ihre Unterstützung und Ihr Vertrauen danken. Bitte bleiben Sie uns auch in wirtschaftlich angespannten Zeiten treu, damit wir unsere wichtige Arbeit fortsetzen können!

Herzliche Grüße
Der Bundesvorstand



Das GfbV-Team:

Roman Kühn, Sarah Reinke, Hanno Schedler, Nadja Grossenbacher,
 Jasna Causevic, Eliane Fernandes, Regina Sonk, Dr. Kamal Sido,
 Tabea Giesecke, Daniel Matt, Jonas Bermaoui, Inse Geismar,
 Magdalena Otterstedt, Johanna Fischotter, Salome Müller, Elena Dellmuth,
 Myriam Givens, Serdar Baysal, Christian Rach, Cécile Ayoub,
 Linda Döring

Vorwort Direktor

Liebe Mitglieder,

im Juli 2023 erscheint der Anfang des Jahres 2022 wie eine andere Welt: Corona war Europas größtes Problem. Als das Putin-Regime im Februar 2022 die Ukraine überfiel, war sofort klar, dass die Geschehnisse in der Ukraine unser Mandat direkt betreffen. Für ukrainische Roma und Krimtataren kämpfen wir seit Jahren, mit dem Krieg kam das große Thema Genozid-Prävention dazu. Um unsere Expertise in Sachen Russland und Ukraine zu bereichern, ist Sarah Reinke Anfang dieses Jahres als Teamleiterin Menschenrechte zur GfbV zurückgekehrt. Ihr reicher Erfahrungsschatz, ihre Leitungserfahrung und ihr breites Netzwerk aus jahrelanger GfbV-Arbeit werden unsere gesamte Organisation voranbringen. Und nur mit einem starken Team können wir langfristig zu Themen auf allen Kontinenten arbeiten und Betroffenen zu ihren Menschenrechten verhelfen.

Wir merken immer wieder, dass die GfbV gebraucht wird. Betroffene aus allen Regionen sprechen uns an, wenn sie einen verlässlichen Partner suchen. Ich selbst habe das in diesem Jahr bei der Enthüllung eines Gedenksteins für die Opfer des Völkermords an den Herero und Nama in !Nami#nûs (ehemals Lüderitz) in Namibia gemerkt. Den Nachkommen der Opfer bedeutet es viel, dass wir vor Ort waren, dass dieser Stein des Gedenkens jetzt dort steht, dass wir ihre Geschichten gehört haben. Dadurch können wir ihre Perspektive noch überzeugender in die Debatte hierzulande einbringen und die Betroffenen vor Ort unter-

stützen. Aus diesem Grund hat Kamal Sido die bedrohten Minderheiten in Kurdistan, Irak und Syrien besucht. Nadja Grossenbacher hat die bedrohliche Lage der Maasai in Tansania vor Ort dokumentiert und Elaine Fernandes konnte unseren Partner Benki Piyänko und die Asháninka in Brasilien unterstützen. Diese Reisen, die nach Corona nun endlich wieder möglich sind, verleihen uns Glaubwürdigkeit. Und Glaubwürdigkeit und Vertrauen sind unerlässlich in der Menschenrechtsarbeit.

Der Tod unseres Gründers Tilman Zülch im März war ein schwerer Verlust. Er war nun schon einige Jahre nicht mehr im operativen Geschäft tätig, doch seine Ideen und seine Vision tragen uns noch immer. Sie zu erhalten und gleichzeitig eine moderne und streitbare Organisation zu bleiben wird uns weiter begleiten.

Die Herausforderungen für die GfbV sind vielfältig: Es braucht Sicherheit in den Finanzen, ein motiviertes Team, eine moderne Verwaltung, die den Anforderungen des DZI Spendensiegels gerecht wird und mitgliederfreundlich kommuniziert. Wichtig ist, dass wir unseren Markenkern, die Stärke der GfbV, erhalten. Dass wir unabhängig auftreten. Geeint nach innen und mit klaren Botschaften nach außen. Ich freue mich, dies weiter mit Ihnen und Euch gemeinsam anzupacken.

Ihr und Euer



Roman Kühn

Menschenrechtsthemen
im Fokus:
Indigene Völker



Unsere Partnerin und mutige Anführerin des Widerstands der Asháninka, Maria Helena Paredes Marques aus der Gemeinde Sawawo in Peru. Foto: Eliane Fernandes/GfbV

Indigene Aktivist*innen aus Russland stärken!

Indigene Völker in Russlands hohem Norden, Sibirien und dem Fernen Osten des Landes leben nach wie vor überwiegend traditionell von Fischfang und Rentierjagd und mit dem ewigen Eis. Der fortschreitende Klimawandel bedeutet jedoch eine mit jedem Jahr wachsende Herausforderung für diese Gemeinschaften. Zudem beutet Russland ihr ressourcenreiches Land seit vielen Jahrzehnten aus und verletzt dabei ihre Rechte. Indigene Aktivist*innen werden verfolgt und kriminalisiert, wenn sie sich dagegen wehren. Wir unterstützen sie schon viele Jahre im Kampf gegen Kriminalisierung und Rohstoffausbeutung, die verheerende Auswirkungen auf Leben und Land der Indigenen hat.



Demo gegen den Krieg in der Ukraine
Foto: Hanno Schedler/GfbV

Mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine hat sich diese Arbeit im Jahr 2022 stark verändert. Aus marginalisierten Gruppen wie Indigenen werden überproportional häufig Soldaten rekrutiert, viele Männer kehren aus dem Krieg nicht zurück. Dieser Verlust ist für zahlenmäßig ohnehin sehr kleine Gemeinschaften existenzgefährdend. Indigene spüren den Krieg und auch die parallel massiv hochgefahrenen Repressionen im Land oft am eigenen Leib. Viele mussten ins Exil flüchten. Die, die bleiben, müssen ihre Arbeit leise und versteckt fortsetzen. Auch wir kommunizieren darum sehr umsichtig.

Wir nutzten UN-Konferenzen als Plattform, darunter das Permanente Forum für Indigene Angelegenheiten in New York, den Expertenmechanismus für die Rechte indigener Völker (EMRIP) in Genf sowie die UN-Klimakonferenzen. Drei Mal luden wir indigene Vertreter*innen im vergangenen Jahr nach Deutschland ein. Gemeinsam mit ihnen organisierten wir unter anderem ein Strategietreffen, um gemeinsam mit anderen internationalen NGOs auszuloten, wie wir sie in Kriegzeiten am besten unterstützen können.



Eine Diskussionsveranstaltung zum Thema Transition Minerals mit Dimitri Berezhkov (links) und Tjan Zaotschnaja
Foto: Regina Sonk/GfbV

Was haben wir erreicht?

- ➡ Neue Finanzierungsmöglichkeiten für in Russland kriminalisierte indigene Organisationen
- ➡ Verbündete in der deutschen Politik
- ➡ Kontakt/Gespräche zu deutschen Unternehmen, die weiterhin Rohstoffe aus Russland beziehen

Projekt „Peru-Brasilien“ – Unterstützung der Asháninka

Im März 2022 berichteten wir über den illegalen Bau einer Landstraße entlang der peruanisch-brasilianischen Grenze im Amazonasgebiet. Holzfirmer treiben den Bau gemeinsam mit der Drogenmafia durch mehrere indigene Gebiete voran. Zudem gab es Morddrohungen gegen die Asháninka-Vertreterin Maria Elena Paredes, wegen ihres Engagements für den Schutz des Territoriums ihrer Gemeinschaft am Fluss Amonia in Peru.

Aufgrund dieser Bedrohungen haben wir das Projekt „Peru-Brasilien“ gestartet. Es soll dafür sorgen, dass die Rechte der Asháninka aus der Region

Ucayali und ihre Territorien geschützt werden. Unsere Referentin Eliane Fernandes reiste im Juni und im September nach Brasilien, um die Asháninka-Gemeinschaften vor Ort zu unterstützen.

Wir besuchten die Asháninka-Gemeinschaft von Sawawo, wo Maria Elena lebt, und ein gescheitertes illegales Straßenbauprojekt. Wir kennen die Lage der Gemeinschaften am Fluss Amonia entlang der brasilianisch-peruanischen Grenze, jetzt wesentlich besser. Anfang Juni 2022 begleiteten wir den Asháninka-Vertreter Benki Piyāko während politischer Treffen im Bundesstaat Minas Ge-

rais. Wir besuchten die Gemeinschaft der Pataxó-hã-hã-hãe-Indigenen, die unter den Folgen des verheerenden Dammbrechens von Brumadinho im Jahr 2019 leiden. Wir führten Gespräche mit mehreren Pataxó-hã-hã-hãe über das Unglück und konnten die Schäden aus der Nähe begutachten.

Was haben wir erreicht?

- ➡ Informationsgewinnung in schwer zugänglichen Gebieten
- ➡ Vernetzung mit Aktivist*innen vor Ort
- ➡ Unterstützung des OECD-Verfahrens gegen TÜV-Süd



Forstmaschinen, die für den illegalen Straßenbau verwendet wurden – Foto: Eliane Fernandes/GfbV



Sehr geehrte Frau Ministerin,

aktuell sind die indigenen Asháninka der Gemeinde Sawawo in Peru bedroht durch illegale Rodungen. Doch die peruanische Regierung tut nichts dagegen – lässt sogar Morde an Indigenen der Region ungesühnt.

Die Asháninka kämpfen entschlossen, doch friedlich für ihren Regenwald und für ihre Rechte. 2013 erhielt der Asháninka-Vertreter Benki Piyāko (links) daher den „Menschenrechtspreis“ der Stadt Weimar.

Ich schließe mich der Forderung der Gesellschaft für bedrohte Völker an: Diese „Wächter des Waldes“, deren Engagement auch unser Klima bewahren hilft, brauchen jetzt Ihren Einsatz. Die „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ soll unter anderem Bevölkerungsgruppen wie diese und das Klima schützen. Die Entwicklungszusammenarbeit Ihres Ministeriums mit Peru ist darauf ausgerichtet. Bitte setzen Sie sich mit aller Kraft dafür ein, dass der peruanische Staat gemäß der Agenda die Rechte der Asháninka und deren unberührten Regenwald verteidigt!

Mit freundlichen Grüßen _____

Datum, Unterschrift

Aktionspostkarte unsere Aussendung im März 2022

OECD-Verfahren gegen TÜV-Süd

Das von uns gemeinsam mit Betroffenen im Jahr 2020 beantragte OECD-Beschwerdeverfahren gegen den TÜV-Süd konnte nun im Jahr 2022 beginnen. Es lief bis April 2023. Hintergrund war der Dambruch eines Rückhaltebeckens einer Eisenerzmine, das der TÜV noch kurz zuvor als sicher zertifizierte. Bei diesem Dambruch von Brumadinho starben im Jahr 2019 über 270 Menschen. Umwelt und Gewässer sind bis heute kontaminiert. Wir nahmen bis Ende des Jahres an drei Mediationsitzungen in Berlin teil.

Während TÜV-Süd jegliche Schuld bei dem Dambruch von sich wies, setzten wir uns vehement für die Rechte der vor Ort betroffenen Pataxó-hã-hã-hãe und indigenen Völker weltweit ein. Das deutsche Unternehmen TÜV-Süd muss die Rechte von indigenen Völkern in allen seinen Tätigkeiten respektieren. Es muss mögliche Menschenrechtsverletzungen von vorn herein vermeiden. Dafür ist die Durchführung einer freien, vorherigen und informierten Konsultation mit Indigenen unerlässlich.



Der vergiftete Fluss im Gebiet der Pataxó-hã-hã-hãe, Foto: Eliane Fernandes

Klimastreik in Hannover mit Fridays for Future



Auf Einladung von Fridays for Future, nahmen wir am Klimastreik am 25. März in Hannover teil. Wir begleiteten sie mit Transparenten, die die Öffentlichkeit auf die Folgen vom Klimawandel für die indigenen Völker weltweit hinwiesen. Wir hielten eine Rede auf der Hauptbühne der Protestaktion und nahmen an dem darauffolgenden Protestmarch durch Hannover teil.

links: Eines unserer Transparente beim Klimastreik



Die GfbV beim Klimastreik in Hannover, Foto: Fridays for Future Hannover

Protest gegen den Export von BAYER-Pestiziden

Anlässlich der Jahreshauptversammlung der Bayer AG forderten wir im April einen weltweiten Exportstopp für in der EU verbotene Pestizide. Gemeinsam mit einem großen Bündnis zivilgesellschaftlicher Organisationen, das vom Netzwerk *Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG)* organisiert wird, nahmen wir an der Aktion vor der Konzernzentrale in Leverkusen teil. Wir demonstrieren gegen BAYER, weil indigene Gemeinschaften beispielsweise in Brasilien diesen hochschädlichen Pestiziden ausgesetzt sind. Während hier in Europa viele dieser Giftstoffe bereits verboten sind, gelangen sie in unkalkulierbarem Ausmaß in dortige Gewässer und Böden und vernichten die Lebensgrundlage von lokalen Gemeinschaften.

Am Rande der Aktion versuchten wir, mehr als 3.000 Postkarten gegen den Export von hochschädlichen Pestiziden zu übergeben, die unsere Mitglieder und Unterstützer*innen unterschrieben hatten. BAYER-Mitarbeiter*innen weigerten sich jedoch, sie entgegenzunehmen. Daraufhin schickten wir die Postkarten per Post mit der Bitte um ein Gespräch über die Verletzungen der Rechte indigener Völker in Brasilien.



Aktion während der Jahreshauptversammlung der Bayer AG, Foto: Hubeyb Yöntem

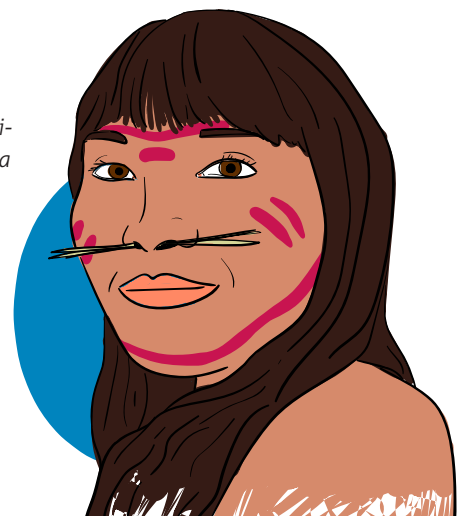
Die Aktion Y for Yanomami

Am Internationalen Tag der indigenen Völker organisierten wir eine bundesweite Aktion mit dem Thema „Y for Yanomami“. Wir wollten die deutsche Öffentlichkeit über die aktuelle Lage der Yanomami in Brasilien informieren, die seit einigen Jahren unter massiven Invasionen von Goldsuchenden in ihr Territorium leiden. Allein 2021 haben die illegalen Bergbauaktivitäten um 46 Prozent zugenommen und damit auch die Übergriffe. Die Bolsonaro-Regierung hat das stets unterstützt. Um Aufmerksamkeit für diese Lage zu schaffen, setzten sich Ehrenamtliche mit Riesenzeitungen in deutsche Innenstädte. So kamen sie mit Menschen ins Gespräch und konnten sie über die Situation aufklären. Mehrere unserer Regionalgruppen und zahlreiche Einzelpersonen unterstützten die Aktion.

#Y FOR YANOMAMI

Als Zeichen gegen sexualisierte Gewalt und Vergewaltigung durch Invasoren solidarisierten wir uns mit den Yanomami und luden die Öffentlichkeit ein, sich an unserer Aktion zu beteiligen. Bereits im Mai gab es hierzu eine Instagram-Aktion, bei der User eigene Bilder zur Unterstützung der Yanomami beisteuerten. Auch der brasilianischen Fotograf Sebastião Salgado unterstützte die Aktion.

Unsere Mitarbeiterin Magdalena Otterstedt fertigte eindrucksvolle Illustrationen für die Aktion Y for Yanomami an.



Y for Yanomami, Foto: Magdalena Otterstedt/GfbV

Wahlbeobachtung in Brasilien

Im September begleiteten wir den Wahlkampf indigener Kandidierender vor Ort in Brasilien. Die Asháninka-Vertreter Isaac und Francisco Piyäko bewarben sich für den Landtag des Bundesstaats Acre in der Hauptstadt Rio Branco und für das Parlament in Brasília. Diesmal waren die Ergebnisse der Wahlen ausschlaggebend für die Zukunft der Indigenen im ganzen Land, aufgrund der mörderischen Politik Jair Bolsonaros und seiner Sympa-

thisant*innen. Von über 180 indigenen Kandidierenden schafften es nur wenige in die Landesparlamente. Ins Bundesparlament wurden zwei Indigene gewählt, nämlich Sonia Guajajara und Célia Xacriabá. Glücklicherweise gewann Luiz Inácio Lula da Silva die Präsidentschaftswahl im zweiten Wahlgang. Mit ihm haben die indigenen Völker Brasiliens wieder Hoffnung auf eine bessere Zukunft.



Francisco Piyäko und sein Wahlkampf-Team, Foto: Eliane Fernandes/GfbV

Begleitung des Asháninka-Vertreter Benki Piyāko auf dem internationalen Parkett

Ende November begleiteten wir den Asháninka-Vertreter Benki Piyāko bei verschiedenen Treffen bei der UNESCO in Paris. Er sprach dort über die Bedeutung von Umweltschutz für den gesamten Planeten und traf den indigenen Vertreter Mudyia Kepanga aus Papua Neuguinea und die indigene Vertreterin Twyla Masuzumi aus Kanada. Sie sprachen mit Politiker*innen und NGOs, um sie zu überzeugen, dass sie alles unternehmen müssen,

um die Wälder unseres Planeten und die Rechte indigener Völker zu schützen. Gemeinsam mit Benki Piyāko reisten wir zum EU-Parlament in Brüssel, um mit EU-Abgeordneten aus verschiedenen Ländern über die EU-Regeln zu entwaldungsfreien Lieferketten zu diskutieren und sie für die Bewahrung der Rechte indigener Völker in Brasilien zu sensibilisieren.



Benki Piyāko bei einer Diskussionsrunde in Paris, Foto: Eliane Fernandes/GfbV

UN-Klimakonferenz COP27 in Sharm el-Sheikh, Ägypten (6. - 20. November 2022)

Im Jahr 2022 akkreditierten wir drei indigene Vertreter*innen aus Brasilien und drei aus Russland für die Weltklimakonferenz COP27 in Sharm el-Sheikh, Ägypten. Die Teilnahme indigener Vertreter*innen ist zentral, weil niemand indigene Interessen besser vertreten kann als sie selbst. In diesen beiden Ländern ist die Lage indigener Völker zudem besonders schwierig.

Während der Konferenz organisierten wir Treffen zwischen den Indigenen und Mitgliedern des Deutschen Bundestages, unter anderem mit Ricarda Lang, der Bundesvorsitzenden der Grünen.



Eine indigene Delegierte bei der COP27, Foto: Katie Maehler

Adventskalender thematisiert illegale Adoption von Kindern aus in Chile

Unser Adventskalender 2022 hatte dieses Jahr das Schicksal von Kindern und Müttern zum Thema, die gegen ihren Willen voneinander getrennt wurden. Während der Militärdiktatur in Chile (1973 bis 1990) wurden dort zwischen 8.000 und 20.000 Säuglinge und Kleinkinder gegen den Willen der Eltern zur Adoption freigegeben und von Familien in Europa und Nordamerika adoptiert. Die Eltern waren in der Regel sehr jung und sehr arm. Viele gehörten dem indigenen Volk der Mapuche an. Sie durften ihre Kinder nicht selbst aufziehen. Betroffene nennen es „Ethnozid“. Am Beispiel unserer Protagonistin Ana, die der realen Geschichte von Maria Diemar nachempfunden ist, erzählt der Adventskalender von der langen und schwierigen Suche eines inzwischen erwachsenen Kindes nach seiner Mutter. So wie Maria Diemar brauchen betroffene Adoptierte teilweise Jahrzehnte, bis sie ihre Herkunft komplett zurückverfolgen können. Ihre Adoptionspapiere sind gefälscht und ihre Mütter wissen nichts über den Verbleib ihrer gestohlenen Kinder.

Gemeinsam mit Betroffenen haben wir diese Geschichte erzählt, um mehr Aufmerksamkeit für dieses wenig bekannte Thema zu lenken. In Deutschland ist noch wenig darüber bekannt. Menschen, die den Verdacht haben, selbst Opfer einer illegalen Adoption zu sein, sollen die Möglichkeit bekommen, ihre eigene Familiengeschichte zu erforschen.



Unser Adventskalender, Foto: Magdalena Otterstedt/GfbV

Menschenrechtsthemen
im Fokus:
Ethnische, religiöse,
sprachliche
Minderheiten und
Nationalitäten

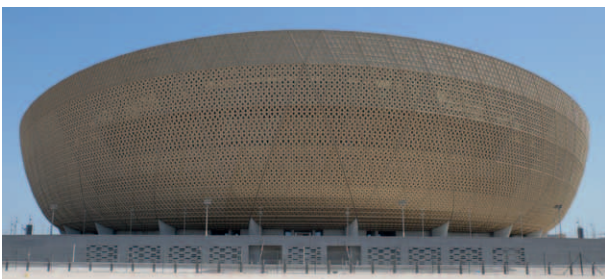


Mahnwache am Brandenburger Tor, Foto: Magdalena Otterstedt/GfbV

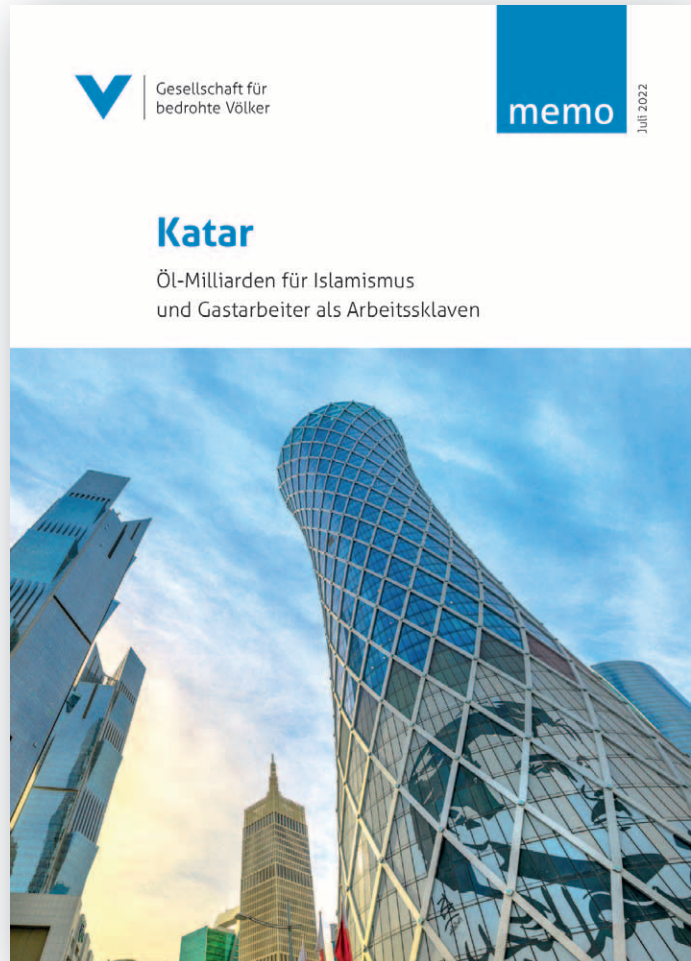
Projekt – Rote Karte für Katar

Im Jahr 2022 haben wir uns mit dem Thema Sport und Menschenrechte auseinandergesetzt: Anfang des Jahres fand die Winter-Olympiade in China statt, im November und Dezember dann die Fußballweltmeisterschaft (WM) in Katar. Katars autokratisches System unterdrückt Frauen, religiöse und ethnische Minderheiten und queere Personen. Das kleine reiche Golfemirat unterstützt zahlreiche radikal-islamistische Gruppen im Nahen Osten und darüber hinaus. Aufgrund der Finanzierung können diese weitere Menschenrechtsverletzungen begehen. Die Lage für Gastarbeiter*innen in Katar ist menschenunwürdig und besonders im Zusammenhang mit der WM kam es unter ihnen zu vielen Toten. Das Regime wollte mit der Ausrichtung der WM das eigene Image aufpolieren. Das wird auch „sport-washing“ genannt: Sportgroßveranstaltungen sollen ein repressives Regime als modern und weltoffen präsentieren.

Diesem Narrativ haben wir Aufklärung über die eigentliche Menschenrechtssituation im Land entgegengesetzt. Im Vorfeld der WM hat unser Referent Dr. Kamal Sido in Katar recherchiert und Gespräche mit Betroffenen geführt.



Nach Vergabe der Fußball-Weltmeisterschaft 2022 wurde in Doha das Lusail Iconic Stadion errichtet. Foto: Kamal Sido/GfbV



Memorandum, Juli 2022, 26 Seiten

Kostenloser Download auf
www.gfbv.de

ODER SCANNEN

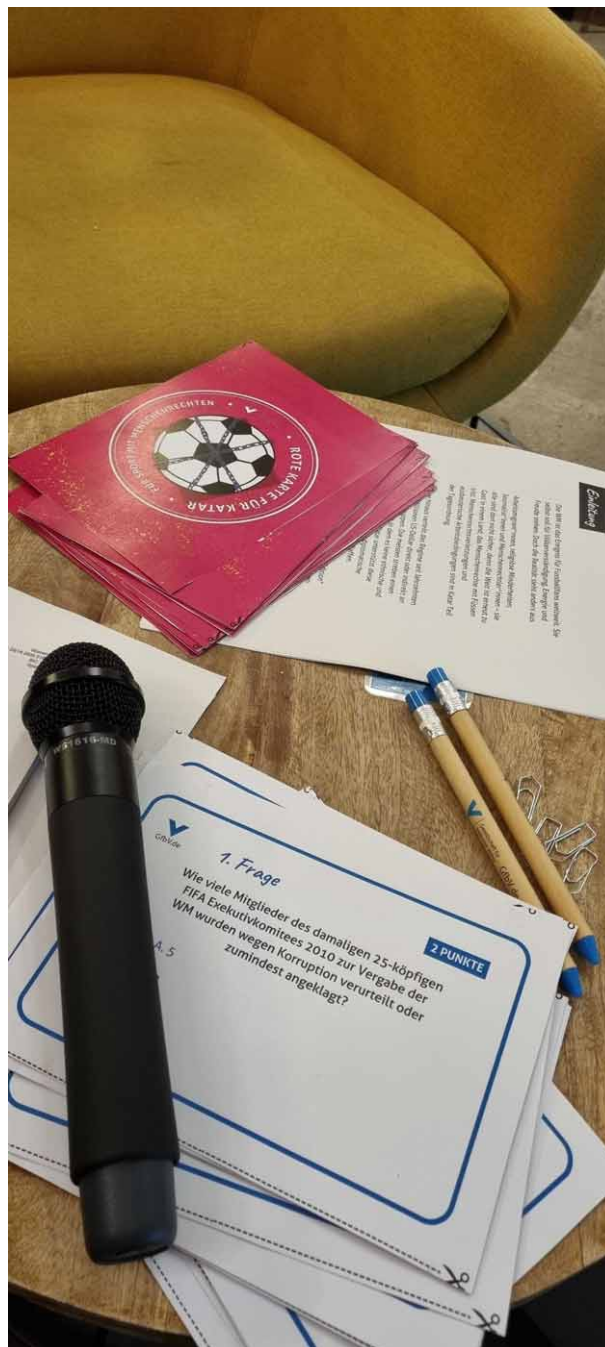


Auf der Baustelle von Lusail Iconic Stadion.
Foto: Kamal Sido/GfbV

Hierzulande gab es zahlreiche Aktionen. Wir haben Online- und Präsenzveranstaltungen durchgeführt, vor der katarischen Botschaft, dem Kanzleramt und auch dem Brandenburger Tor demonstriert und uns am politischen Austausch beteiligt. Beim Roundtable vom Forum Sport und Menschenrechte, einer Konferenz im Bundesministerium für Inneres und Heimat, und bei weiteren Veranstaltungen haben wir, oft gemeinsam mit anderen NGOs, Verantwortliche der FIFA und des DFB und Politiker*innen über die Lage in Katar aufgeklärt. Wir haben ein Aktionspaket für Bars und Cafés zusammengestellt. Dazu gehörte ein kritisches Pub Quiz über Fußball, Katar und Menschenrechte. Damit hatten Bars und Cafés ein Gegenprogramm, wenn sie sich gegen das typische Public Viewing zur WM positionieren und zur kritischen Aufklärung beitragen wollten. Das Aktionspaket wurde gut angenommen und wir konnten damit Personen mit unserer Menschenrechtsarbeit bekannt machen, die sonst keine Berührungspunkte mit uns hatten.

Was haben wir erreicht?

- ➡ Gegen-Narrativ zur Propaganda repressiver Regime
- ➡ Aufklärung über die Menschenrechtssituation in Katar
- ➡ Stärkung des Diskurses zu Sport und Menschenrechte



Aktionsmaterial für das Pub Quiz
Foto: Magdalena Otterstedt/GfbV

Arbeit zum Yezidentum

Nach der Ausstellung „Nobody's Listening“ im Jahr 2021 haben wir uns auch 2022 für die ethno-religiöse Minderheit der Yezid*innen eingesetzt. Dabei stehen weiter Bildung und Aufklärung sowie die Unterstützung der Diaspora-Gemeinde im Vordergrund. Der Genozid, der ab 2014 im Nordirak an den Yezid*innen von der Terrororganisation „Islamischer Staat“ begangen wurde, dauert noch an. Denn etwa 2000 verschleppte Yezid*innen sind weiter in Gefangenschaft oder werden vermisst.

Wir begleiten die yezidische Gemeinschaft bei der Aufarbeitung der Verbrechen. Eine Anerkennung des Genozides durch den Deutschen Bundestag war dafür besonders wichtig. Mit einer Petition, die bis Ende des Jahres 2021 von 50.000 Menschen unterschrieben wurde, hat die Gemeinschaft einen wichtigen Schritt eingeleitet. Wir haben Vertreter*innen beim Petitions- und Menschenrechtsausschuss unterstützt und uns für die Anerkennung stark gemacht. Anfang des Jahres 2023 wurde sie tatsächlich beschlossen.



*Der Menschenrechtsausschuss des Deutschen Bundestages berät über die Anerkennung des Völkermordes an den Yezid*innen. Foto: GfbV*

Deutschland hat die weltweit größte yezidische Diaspora-Gemeinschaft, mit etwa 200.000 Angehörigen. Leider sind sie auch in Deutschland Unkenntnis und Vorurteilen ausgesetzt. Die strukturelle Diskriminierung im Irak und Syrien verfolgt sie auch hier. Vielen ist das Yezidentum kein Begriff und diese Herausforderungen der Gemeinschaft unbekannt. Daher haben wir uns 2022 mit dem Ferman Projekt der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten zusammengetan und einen Workshop über Zeitzugenschaft durchgeführt. Dabei konnten Studierende mit Zeitzug*innen des Genozides ins Gespräch kommen. Dieser Austausch rückt die Sicht der Betroffenen in den Fokus. Zum Gedenktag am 3. August haben wir mit dem yezidischen Forum Oldenburg einen Film gedreht, in dem Überlebende ihre Geschichten teilen konnten. Der Film hat eine breite Öffentlichkeit erreicht.



Hausveranstaltung und Live-Stream mit Überlebenden des Genozids, Foto: Magdalena Otterstedt/GfbV

Was haben wir erreicht?

- ➡ Unterstützung der Anerkennung des Genozides an den Yezid*innen
- ➡ Aufklärung und Sensibilisierung der Öffentlichkeit über das Yezidentum und den Genozid
- ➡ Stärkung der yezidischen Community in Deutschland



Besuch im Gotteshaus der Mandäer*innen, Foto: Tabea Giesecke/GfbV

Ethnische und religiöse Minderheiten im Nahen Osten

Gleich zu Beginn des Jahres konnten wir die prekäre Lage der religiösen Minderheiten in Syrien in den Mittelpunkt der regionalen und internationalen Aufmerksamkeit rücken. Wir unterstützten die „Internationale Konferenz der Religionen“, die vom 10. bis 11. Januar in Nordsyrien stattfand. Wir sorgten dafür, dass möglichst Vertreter*innen vieler Religionsgemeinschaften, unter anderem der jüdischen, in Präsenz oder mit Videobotschaften teilnahmen. Auch wir waren mit einer Videobotschaft vertreten. Nadine Maenza, Präsidentin des US-Komitees für internationale Religionsfreiheit, nahm ebenfalls an der Konferenz teil. Der syrisch-katholische Patriarch Mor Ignace Youssif III. Younan lobte die Konferenz in seinem Grußwort als „Plattform zur Förderung des friedlichen Zusammenlebens der Religionen“.

Anlässlich des vierten Jahrestages des türkischen Einmarsches in die syrisch-kurdische Region Afrin (20. Januar 2018) erinnerten wir an das Schicksal der Menschen unter türkischer Besatzung. Am 20. Januar 2022 organisierten wir in Berlin zwei Mahnwachen vor der russischen und der US-amerikanischen Botschaft und forderten ein Ende der türkischen Besatzung Nordsyriens. Denn sowohl Russland als auch die USA unterstützen oder dulden Kriege gegen Kurdinnen und Kurden innerhalb und außerhalb der Türkei. Wenige Wochen später mussten wir feststellen, wie wichtig es war, auch vor der russischen Botschaft in Berlin zu stehen: Im Februar begann Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine. Die Reaktionen der NATO und der deutschen Bundesregierung auf diesem Akt der Aggression hätten sich kaum stärker von de-



Am Jahrestag der türkischen Invasion in Afrin, Foto: GfbV

nen auf Erdogans Angriffskrieg auf Afrin unterscheiden können: Die Aggression der Türkei wurde bis heute mit keinem Wort verurteilt. Diese Doppelmoral beschädigt und entwertet westliche Werte. Das haben wir das ganze Jahr über kritisiert. Mit verschiedenen Aktivitäten, Pressemitteilungen und Interviews unter anderem mit DLF, FR, KNA, EPD, Idea, Domradio Köln, WDR, VOA, der Tagespost, Radio Vatikan und der Jerusalem Post forderten wir die Einhaltung des Völkerrechts auch durch das NATO-Mitglied Türkei. Wir führten Gespräche mit israelischen Journalisten und Politikern wie Ksenia Svetlova, Jonathan Spyer und Mordechai Kader über die Situation in Afrin. Wir kritisierten, dass Israelische Araber*innen mit ihren Spenden Siedlungen in den kurdischen Gebieten Nordsyriens finanzieren. Diese Gespräche führten dazu, dass das Thema in der israelischen Presse aufgegriffen wurde. Auch hier haben wir eine glaubwürdige Politik gefordert.

Wir haben uns aktiv an der internationalen Konferenz „10 Jahre Rojava - Vom demokratischen Experiment zum Hoffnungsträger einer Region“ am 10. und 11. September 2022 in Frankfurt beteiligt. Aus diesem Anlass kamen im November die Vertretung der Selbstverwaltung Nord- und Ostsyriens (AANES) zu Gesprächen nach Göttingen. Dr. Abdulkarim Omar, AANES-Vertreter in Europa, und Khaled Darwisch, AANES-Vertreter in Deutschland, besuchten unser Bundesbüro. Wir organisierten mit ihnen ein Pressegespräch und informierten über Erdogans Krieg gegen Nordsyrien. Mit der „Kurdischen Juristenvereinigung“ haben wir am 12. November 2022 in Köln eine Tagung zur Situation in Nordsyrien, insbesondere in Afrin, organisiert. Darüber hinaus unterstützen wir mit Hilfe des „European Center for Constitutional and Human Rights“ Menschen aus Afrin bei der Vorbereitung einer Klage gegen die Türkei. Wir haben den Anwälten Quellen und Dokumentationen über die Kriegsverbrechen in Afrin zur Verfügung gestellt.



Dr. Abdulkarim Omar von der Selbstverwaltung Nord- und Ostsyriens, Foto: Hanno Schedler/GfbV

Ende des Jahres 2022 haben wir uns besonders mit der Situation der christlichen Minderheiten im Nahen Osten, insbesondere im Iran, befasst. Wir wiesen auf die prekäre Lage der christlichen Konvertiten und der Bahai hin. Ab September gingen im Iran tausende Menschen für Freiheit und Demokratie auf die Straße. Im Zusammenhang mit den demokratischen Protesten im Iran nahmen wir an mehreren Demonstrationen teil, unter anderem in Berlin, Köln und Göttingen. Wir forderten ein Ende der Verfolgung der Demokratiebewegung. Dabei wiesen wir auf die führende Rolle der kurdischen Bewegung und insbesondere der kurdischen Frauen im Aufstand gegen das islamistische Regime im Iran hin. Die kurdische Dimension der Proteste spielte in der Berichterstattung deutscher Medien anfangs keine Rolle. Diese Leerstelle mussten wir korrigieren, denn Mahsa (Jina) Amini, die Ikone der iranischen Demokratiebewegung, war Kurdin und der Slogan der Protestierenden im Iran „Jin, Jiyan, Azadî“ (Frau, Leben, Freiheit) ist in Kurdistan entstanden: aus der Türkei gelangte er über Nordsyrien nach Iranisch-Kurdistan.



Solidarität mit den Protestierenden im Iran, Foto: Regina Sonk/GfbV

Vom 5. bis 7. Oktober nahmen wir am 13. Hafis-Menschenrechtsdialog „Aufarbeitung und Versöhnung nach Flucht, Vertreibung und Exil“ der Konrad-Adenauer-Stiftung in Weimar teil. Dort hatten wir einen Infostand mit GfbV-Publikationen. Mit dabei war auch die russische Menschenrechtsaktivistin Irina Lasarewna Scherbakowa, die für den Weimarer Menschenrechtspreis 2022 nominiert war. Während des Treffens erfuhren wir, dass ihre Organisation Memorial den Friedensnobelpreis bekommen wird.



Hafis-Menschenrechtsdialog in Weimar mit Irina Lasarewna Scherbakowa (Mitte), Foto: GfbV

Menschenrechtsthemen
im Fokus:
Genozidprävention und
Schutzverantwortung



Demonstrationszug am Tag der Menschenrechte in Berlin, Foto: Roman Kühn/GfbV

Anhaltende Menschenrechtsverletzungen in China

Die Olympischen Winterspiele in Peking waren ein Propaganda-Fest der Kommunistischen Partei Chinas. Die Vergabe und ihre Umstände hatten wir bereits 2021 ausgiebig kritisiert. Am 4. Januar sowie 4. Februar 2022, dem Beginn der Spiele, veranstalteten wir mit verschiedenen Partnerorganisationen medienwirksame Menschenrechtsaktionen. Wir riefen Politik, Sportverbände und Medien dazu auf, während der Wettkämpfe die verheerende Menschenrechtssituation in China öffentlich anzusprechen. Mit der medialen Aufmerksamkeit für den Sport konnten wir auch die Verbrechen an Uigur*innen, Tibeter*innen, Kasach*innen, Mongol*innen, Hongkonger*innen und menschenrechtlich Aktiven ins Rampenlicht rücken.

Im Mai 2022 nahmen wir an einer großen Demonstration in Genf teil. Die anwesenden Organisationen forderten die Veröffentlichung des UN-Berichts über die Lage der Uigur*innen, den die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Michelle Bachelet, zurückhielt. Am 15. Mai erhielt die Kasachin Sayragul Sauytbay den Internationalen Nürnberger Menschenrechtspreis. Die Menschenrechtsverteidigerin war Zeugin zahlreicher Verbrechen in den chinesischen Internierungslagern. Die GfbV hat sie und ihre Familie bei der Flucht ins europäische Exil unterstützt und arbeitet seit Jahren eng mit ihr zusammen. Die uigurische Diaspora unterstützten wir im April und Juni bei der Organisation von zwei Pressekonferenzen zur Situation in Ostturkestan.



Dokumentation, Dezember 2021, 74 Seiten

Kostenloser Download auf
www.gfbv.de

ODER SCANNEN





Auf der gemeinsamen Pressekonferenz kritisierten wir die chinesische Position zum Ukraine-Krieg. Foto: Hanno Schedler/GfbV



Panel beim „Uyghur Summit“ in München
Foto: Hanno Schedler/GfbV



Demo zur Eröffnung der Olympischen Winterspiele in Peking
Foto: Hanno Schedler/GfbV

Am 1. September 2022 bestätigte der Bericht der UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, dass China schwerste Menschenrechtsverletzungen an den Uiguren begeht. Wir begrüßten den Bericht und forderten Konsequenzen: Deutsche Unternehmen müssen sich aus der Region Xinjiang/Ostturkestan zurückziehen.

Die Wolfsburger Volkswagen AG betreibt dort als einziger internationaler Autokonzern ein Werk. Zum ersten Arbeitstag des neuen VW-Chefs Oliver Blume organisierten wir ebenfalls am 1. September gemeinsam mit dem Weltkongress der Uiguren eine Mahnwache vor der VW-Zentrale in Wolfsburg. Wir forderten Blume auf, die UN-Leitlinien zu Wirtschaft und Menschenrechten zu befolgen, die Zusammenarbeit mit in Zwangsarbeit verwickelten Unternehmen zu beenden und das Werk zu schließen. Wir übergaben einen offenen Brief von 98 Organisationen, der diese Forderungen unterstrich.

Anlässlich der China-Reise des Bundeskanzlers waren wir Anfang November bei der Bundespressekonzferenz in Berlin. Unsere Botschaften und Forderungen an eine an Menschenrechten orientierte Außenpolitik wurden von zahlreichen Medien aufgenommen. Bei einem Treffen im Auswärtigen Amt, bei dem auch Wirtschaftsvertreter*innen zugegen waren, bekräftigten wir dies und forderten, dass deutsche Unternehmen keinesfalls Profiteure von Zwangsarbeit werden dürfen.



Protest zur deutsch-chinesischen Wirtschaftskonferenz in Frankfurt, Foto: Hanno Schedler/GfbV

5-Punkte-Papier zur China-Strategie

BITTE SCANNEN

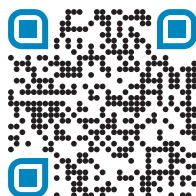


Am Tag der Menschenrechte veranstalteten wir mit Partnerorganisationen einen großen Marsch für Menschenrechte in China, der vom Berliner Dom bis zum Brandenburger Tor ging und von hunderten von Menschen begleitet wurde. Wir stellten Forderungen bezüglich der neuen China-Strategie der Bundesregierung.



Boris Mijatovic, menschenrechtlicher Sprecher der Grünen, bei einer Online-Veranstaltung über juristische Antworten auf Chinas Verbrechen, zu sehen auf YouTube

BITTE SCANNEN



Mit mehreren Aktionen forderten wir zudem die Abkopplung der Konfuzius-Institute von deutschen Universitäten und den Entzug sämtlicher öffentlicher Förderung. Die Institute sind Teil des chinesischen Propaganda-Apparates. Auch in Deutschland versuchen sie, die öffentliche Meinung über China zu manipulieren und die Freiheit der Wissenschaft zu unterlaufen. Einige deutsche Städte haben ihre Unterstützung daraufhin bereits eingestellt.

Positionspapier zu Konfuzius-Instituten

BITTE SCANNEN



Online-Veranstaltung über uigurische Zwangsarbeit in der Solarindustrie

BITTE SCANNEN



Was haben wir erreicht?

- ➡ Breite Aufmerksamkeit für Unternehmensverantwortung in Xinjiang
- ➡ Bewusstsein in der Kommunalpolitik für Gefahren durch Konfuzius-Institute
- ➡ Beobachtungsverfahren der Generalbundesanwaltschaft zu Menschenrechtsverletzungen in China

Bruch des humanitären Völkerrechtes in der Ukraine

Der russische Angriff auf die Ukraine war ein klarer Bruch des humanitären Völkerrechtes. Darum haben wir uns von Anfang an lautstark in Politik, Medien und auf der Straße für die Ukraine eingesetzt. Wir riefen zu humanitärer Unterstützung und der zügigen und unbürokratischen Aufnahme Flüchtender auf. Wir forderten dringend Sanktionen.

Der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) sollte Verbrechen in der Ukraine verfolgen. Wir setzten uns dafür ein, dass das IStGH-Statut dahingehend geändert wird, dass auch die UN-Generalversammlung Fälle an den Gerichtshof verweisen und damit dessen Zuständigkeit begründen kann. Zudem forderten wir Ermittlungen nach dem „Weltrechtsprinzip“ auch in Deutschland.

Da der Aggressor ein Veto-Recht im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen besitzt und mit der Veto-Macht China eng verbündet ist, war der Sicher-

heitsrat in dieser Sache handlungsunfähig. Wir forderten, Russland aus dem Gremium zu suspendieren. Wir riefen zur Unterstützung der Initiative Liechtensteins auf. Danach müsste jedes Veto gegenüber der UN-Generalversammlung gerechtfertigt werden. Zudem forderten wir eine Suspendierung Russlands aus dem UN-Menschenrechtsrat, was inzwischen geschehen ist.

Was haben wir erreicht?

- Strafanzeige gegen die russischen Verantwortlichen für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in der Ukraine
- Strukturermittlungsverfahren durch Generalbundesanwaltschaft
- Suspendierung Russlands aus dem UN-Menschenrechtsrat



Protest vor der russischen Botschaft an Putins Geburtstag, Foto: Ferdinand Witthuhn

Bosnien und Herzegowina droht zu zerfallen

Der Staat Bosnien und Herzegowina (BiH) droht zu zerfallen. Serbische und kroatische Nationalisten treiben diese Zerstörung voran, weil sie sich dadurch territoriale Gewinne versprechen. Russland und Ungarn wollen BiH aus eigenen Interessen destabilisieren. In zahlreichen Pressemitteilungen, Appellen und Briefen an Politiker*innen mahnten wir zum Handeln. Wir riefen den Hohen Repräsentanten der internationalen Gemeinschaft für BiH zur Durchsetzung der Minderheitenrechte der Roma und Juden auf. Vor dem Hintergrund des russischen Angriffs auf die Ukraine warnten wir vor einer neuen Front und forderten Verhandlungen mit den Westbalkanländern, die eine Mitgliedschaft in der EU oder NATO anstreben.

Anlässlich der allgemeinen Wahlen im Oktober kritisierten wir die verheerenden Auswirkungen ethno-nationalistischer Parteien auf das multiethnische, multireligiöse und multikulturelle Land. Wir warnten den Hohen Repräsentanten Christian Schmidt vor Änderungen des Wahlgesetzes, die spalterischen Kräften in die Hände spielen. Die öffentliche Debatte hierüber haben wir deutlich vorangebracht. Wir fordern weiterhin, die Wahlrechtsreform zurückzunehmen.



Fachkonferenz zum 25-jährigen Bestehen unserer Sektion in Sarajevo, Foto: Jasna Causevic/GfbV

Was haben wir erreicht?

- ➡ Öffentliche Debatte über Bedeutung des Westbalkans für Europa
- ➡ Vernetzung mit der bosnischen Politik und Zivilgesellschaft
- ➡ EU-Kandidatenstatus für Bosnien und Herzegowina

Totalversagen der internationalen Gemeinschaft in Myanmar

Gemeinsam mit Rohingya-Organisationen warnen wir vor der Instrumentalisierung der legitimen und wichtigen Völkermordklage Gambias gegen Myanmar vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH): Die Militärjunta wollte durch das Verfahren internationale Anerkennung erlangen. Wir bestanden darauf, nur den bisherigen myanmarischen UN-Botschafter als Vertreter zu akzeptieren. Wir fordern weiterhin die Ahndung der Verbrechen der gestürzten Regierung Aung San Suu Kyis.

Wir forderten humanitäre Hilfe für Binnenvertriebene sowie für ethnische und religiöse Minderheiten. Die Verantwortlichen für Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit müssen endlich vor internationale Gerichte.

Fünf Jahre nach Beginn des Völkermords im August 2018 steht das langfristige Überleben der Rohingya in Frage. Das Militärregime verneint die Existenz der Rohingya als ethnisch-religiöse Gruppe, die Lage im myanmarischen Staat Rakhine (Arakan) ist katastrophal. Auch aus der Schattenregierung (National Unity Government, NUG) bleiben sie ausgeschlossen, während andere ethnische Gruppen dort vertreten sind. Den hunderttausenden Geflüchteten bleibt eine Rückkehr in ihre Heimat unmöglich.



links: Dr. Ambia Perveen bei der Online-Veranstaltung „Den Kreis der Traumatisierung durchbrechen! Am Beispiel der bosnischen Frauen und Rohingya“, zu sehen auf YouTube

BITTE SCANNEN



Sinti und Roma: Fortschritte und Herausforderungen

In den 40 Jahren seit der Gründung des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma gab es beachtliche Fortschritte in der Anerkennung des Leides dieser Volksgruppen. Im März 2022 berief die Bundesregierung Mehmet Daimagüler zum ersten Beauftragten gegen Antiziganismus und für das Leben der Sinti und Roma in Deutschland. In vielen anderen Staaten Europas steht die Gemeinschaft weiter vor großen Herausforderungen.

Im Jahr 2022 rückte die Lage der etwa 400.000 ukrainischen Roma in den Fokus. Auf der Flucht vor angreifenden russischen Truppen waren sie rassistischer Diskriminierung ausgesetzt. Die Lage der Roma in BiH bleibt schwierig: Die meisten der 40.000 bis 100.000 Roma im Land haben keine Dokumente, kein regelmäßiges Einkommen, kaum Zugang zu Bildung und medizinischer Versorgung und leben in desolaten Wohnverhältnissen. Sie werden nicht als Minderheit anerkannt und dürfen für hohe Ämter und Mandate nicht kandidieren. Das hatte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte bereits 2009 für unzulässig erklärt.

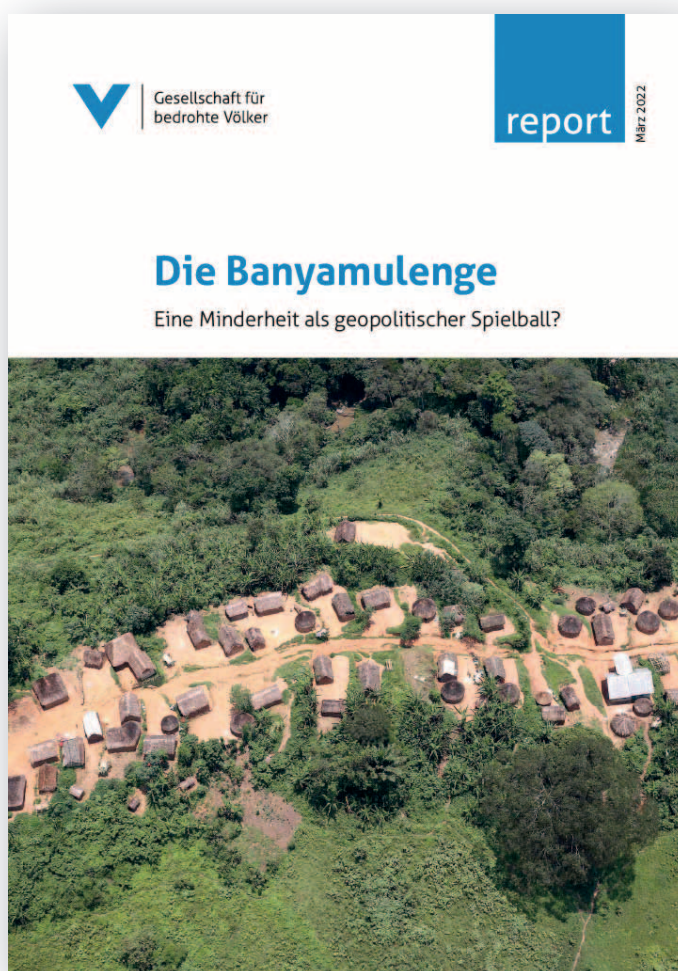
Seit November 2022 setzen wir eine Kampagne für eine Entschädigung für Roma, Aschkali und Kosovo-Ägypter aus dem Kosovo fort. Die Betroffenen waren in bleiverseuchten Flüchtlingslagern untergebracht. Wir richteten eine Petition an die EU, die UN, die diplomatischen Vertretungen im Kosovo und viele andere Institutionen und Organisationen.

Das Scheitern der Minority SafePack-Initiative vor dem Gericht der Europäischen Union bedauern wir sehr. Neben vielen anderen wichtigen Zielen sollte die Initiative die Gleichstellung staatenloser Minderheiten wie der Roma voranbringen. Denn anders als die EU-Kommission und das Gericht behaupten, reichen die aktuellen Maßnahmen und Mittel keinesfalls aus, um die kulturelle Vielfalt Europas zu erhalten.

Die Banyamulenge in der Demokratischen Republik Kongo

Die Banyamulenge sind eine kleine Sprachgruppe im östlichen Kongo. In dem rohstoffreichen Gebiet, in dem sie leben, sind über 100 bewaffnete Milizen aktiv, die unterschiedliche Interessen verfolgen und teils mit der offiziellen Armee der DR Kongo kooperieren. Milizen und Militär sind äußerst gewalttätig: Hunderte Banyamulenge-Dörfer wurden in den vergangenen Jahren niedergebrannt. Häufig stehlen Milizen ihre Rinder und verkaufen sie dann gewinnbringend. Da die Banyamulenge in erster Linie von der Viehzucht leben, ist das für sie lebensbedrohlich. Die weitere kongolesische Bevölkerung betrachtet sie fälschlicherweise als ruandische Tutsi. Daher sind sie Diskriminierungen ausgesetzt. Über all dies war in Deutschland bis dato nichts bekannt.

Auf Basis von Zeugenaussagen und Interviews mit Banyamulenge-Aktivisten haben wir am „Africa Day“ einen Report veröffentlicht. So konnten wir einige Medien auf das Thema aufmerksam machen. Wir haben eine schriftliche Stellungnahme bei der UN eingereicht und konnten erste Treffen von Banyamulenge-Vertretern und den zuständigen Referent*innen im Auswärtigen Amt vereinbaren und begleiten. Wir haben zahlreiche humanitäre Organisationen über die prekäre Lage der Banyamulenge in Kenntnis gesetzt.



Report, März 2022, 62 Seiten

Kostenloser Download auf
www.gfbv.de

ODER SCANNEN



Massenvertreibungen für vermeintlichen Naturschutz in Tansania

Im Norden Tansanias läuft derzeit eine großangelegte Vertreibungskampagne gegen die Maasai. Auf ihrem Territorium soll ein Wildtierreservat mit Jagd-Tourismus entstehen. Gegen die gewalttätigen Vertreibungen unter dem Vorwand des Naturschutzes haben wir vor der tansanischen Botschaft protestiert und hatten ein persönliches Gespräch mit dem Botschafter in Berlin. Wir haben eine UN-Stellungnahme eingereicht sowie eine Beschreibung der Menschenrechtsslage mit Forderungen (Aide Mémoire) für die Außenministerin verfasst. Wir haben mit mehreren MdB über das Thema gesprochen und konnten die Parlamentariergruppe Östliches Afrika vor einer Reise in die Region über die Situation unterrichten.



Protest vor der tansanischen Botschaft in Berlin, Foto: GfbV

Bei der Sommerakademie der sozialen Bewegungen haben wir zusammen mit unserer Regionalgruppe Düsseldorf sowie ATTAC Norwegen und ATTAC Frankreich einen Workshop zu Menschenrechtsverletzungen im Kontext von Naturschutz und Co2-Kompensationsprojekten gehalten.



Workshop bei der Sommerakademie der sozialen Bewegungen
Foto: GfbV

Unzulängliches Abkommen mit Namibia

Die sogenannte „Joint Declaration“, die die Regierungen Deutschlands und Namibias zur Anerkennung des Völkermordes vorlegten, haben wir von Anfang an scharf kritisiert. Sie wurde ohne adäquate Einbeziehung der Nachfahren der Opfer ausgehandelt und hat rechtliche Defizite. Unter anderem deshalb ist sie nach wie vor nicht ratifiziert. Unsere Bedenken haben wir unter anderem in einem Aide Mémoire formuliert. Wir haben ein Filmprojekt von „Göttingen Postkolonial“ unterstützt und arbeiten weiter mit ihnen an der Umgestaltung des sogenannten Südwestafrika-Denkmal in Göttingen.

Weitere Aktivitäten

Zum bewaffneten Konflikt in Äthiopien haben wir Informationen zur Lage der Amhara gesammelt. Eine Oromo-Organisation konnte beim Menschenrechtsrat mündlich Stellung nehmen. Auch einem Aktivisten aus Burundi sowie einem Westsahara-Aktivisten konnten wir das ermöglichen. Wir haben an der Europäischen Konferenz zur Unterstützung und Solidarität mit dem saharaischen Volk in der von Marokko besetzten West-

sahara teilgenommen. Über die Abschaffung der Todesstrafe in Mauretanien haben wir Aktivisten ins Auswärtige Amt begleitet und Pressegespräche vermittelt. Zu den schweren Vorwürfen gegen Angehörige der UN-Mission MINUSCA in der Zentralafrikanischen Republik haben wir Informationen gesammelt und an das Auswärtige Amt weitergereicht.

Lautstark
für
bedrohte Völker

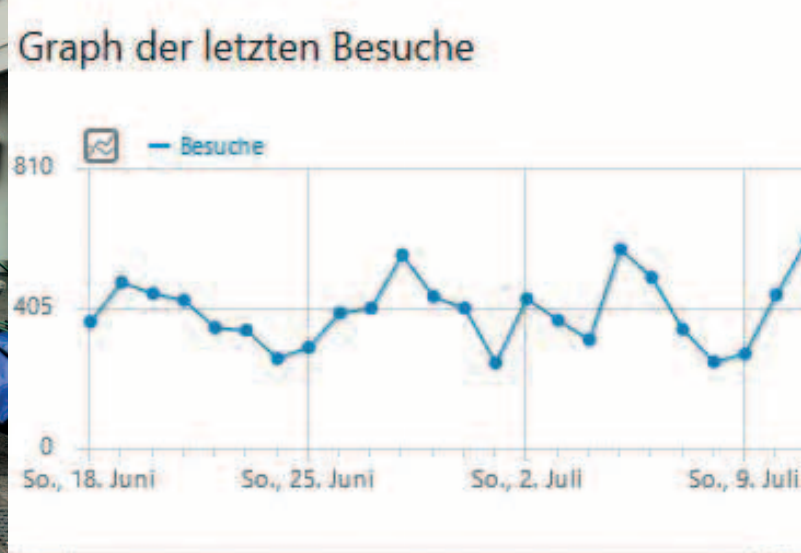


bedrohtevoelker Profil bearbeiten Werbetools Business Suite öffnen
 1.033 Beiträge 8.007 Follower 1.254 Gefolgt
Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)
 Gemeinnützige Organisation
 Gemeinsam mit uns bedrohte Minderheiten & indigene Völker schützen.
 Für Menschenrechte. Weltweit.
linktr.ee/GfbV

In Aktion GfbV Team Für Vielfalt Asien Europa Südamerika Podcast

BEITRÄGE REELS GUIDES GESPEICHERT MARKIERT

Wer ist eigentlich die GESELLSCHAFT FÜR BEDROHTE VÖLKER?
Der Staat greift zu, wann immer der Staat es will.
 REFERENTIN REGINA SONK



Die Gesellschaft für bedrohte Völker

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) ist eine internationale Menschenrechtsorganisation mit einem ganz besonderen Auftrag: 1968 gegründet, setzen wir uns seit 55 Jahren weltweit für verfolgte und unterdrückte ethnische und religiöse Minderheiten, Nationalitäten und indigene Völker ein. Wir kämpfen gegen Völkermord, Vertreibung und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, für den Schutz der Zivilbevölkerung im Krieg und gegen Vergewaltigung als Kriegswaffe. Wir streiten für die Landrechte indigener Gemeinschaften und gegen den Raubbau in ihrer Heimat. So engagieren wir uns für kurdische und christliche Gläubige im Nahen Osten, für Nuba, Darfuri oder Oromo in afrikanischen Ländern oder für Tibeter*innen und Uigur*innen, Adivasi und Rohingya in Asien. Genauso setzen wir uns für die Rechte der Aboriginal Australians oder der indigenen Völker auf den amerikanischen Kontinenten ein. Auch europäische Minderheiten wie die Inuit und Sami im Norden unseres Kontinents oder Sinti und Roma in Deutschland können auf uns zählen.

Permanent recherchieren wir die Lage bedrohter Minderheiten, halten Kontakt zu den Betroffenen, knüpfen Netzwerke, wenden uns an Politikerinnen und Politiker und erinnern sie im persönlichen Gespräch, in Briefen, Appellen und E-Mails immer wieder daran, dass deutsche Außen- und Wirtschaftspolitik weltweit große Verantwortung trägt. Wir publizieren Menschenrechtsreporte, Dokumentationen und Memoranden, erstellen Gutachten, erbitten Hilfe für Notleidende, orga-

nisieren Mahnwachen und informieren ständig die Presse über Menschenrechtsverletzungen. Deren Berichterstattung übt Druck auf politisch Verantwortliche aus und ist hilfreich bei unserem zähen Ringen mit Parteien, Regierungen oder Wirtschaftskonzernen für die Einhaltung der Menschenrechte.

Über soziale Medien und auf unserer Homepage, mit Ausstellungen, Vorträgen und in unserer Zeitschrift „Für Vielfalt“ informieren wir die Öffentlichkeit über die Verfolgung und Unterdrückung von Minderheiten. Ihren Repräsentantinnen und Repräsentanten verschaffen wir Gehör vor nationalen, europäischen und internationalen Gremien. Kronzeug*innen von Völkermord und schwersten Menschenrechtsverletzungen ermöglichen wir es, vor den Vereinten Nationen zu sprechen. So gelingt es uns immer wieder zu verhindern, dass Kriegsverbrechen verschwiegen und Menschenrechtsverletzungen verharmlost werden.

Unsere Mitglieder, Spenderinnen und Spender garantieren unsere Unabhängigkeit: Sie finanzieren mit ihren Beiträgen unsere wichtige Menschenrechtsarbeit und tragen so dazu bei, Leben zu retten, Leid zu lindern, Gerechtigkeit durchzusetzen und die Vielfalt unserer Welt zu bewahren. Dafür danken wir herzlich!

Die GfbV bei den Vereinten Nationen

Zweieinhalb Jahre nach Beginn der Corona-Pandemie konnten wir endlich wieder ein Side Event in Präsenz beim Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen in Genf organisieren. Überlebende der chinesischen Umerziehungslager berichteten dort über die Verbrechen, die sie in den Lagern erlebten. Die Uigurin Gulbahar Haitiwaji und die Kasachin Gulbahar Jalilova informierten die anwesenden Staatenvertreter über den Völkermord der chinesischen Regierung in Ostturkestan/Xinjiang. Der tibetische Mönch Golog Jigme berichtete über seine in chinesischer Haft erlittene Folter und seine Flucht aus Tibet. Er erklärte die zunehmenden Bestrebungen der chinesischen Regierung, hunderttausende von tibetischen Kindern von ihren Eltern und Großeltern zu trennen. In staatlichen Internaten sollen sie von ihrer Kultur und Sprache abgeschnitten werden. Veranstaltungen wie unser Side Event sind ungeheuer wichtig, um der chinesischen Propaganda ein realistisches Bild der Situation entgegenzusetzen.

Wie in den Jahrzehnten zuvor nutzten wir die Sitzungen des Menschenrechtsrates auch, um in zahlreichen schriftlichen und mündlichen Stellungnahmen die Menschenrechtssituation in vielen Ländern zu kritisieren. Dazu gehörten die Zerstörung tibetischer Klöster, die Inhaftierung von Nonnen und Mönchen in Tibet, Gewalt gegen uigurische Frauen, die Situation von Indigenen in Paraguay und Russland, indigene Menschenrechtsverteidiger*innen der Mapuche in Chile, die Menschenrechtssituation in Katar vor der Fußballweltmeisterschaft, ungesühnte Kriegsverbrechen



Foto: Hanno Schedler/GfbV

der Armee Sri Lankas, Verbrechen der türkischen Besatzungstruppen und ihrer islamistischen Verbündeten in Nordsyrien, die Situation im Sudan, in der Westsahara, in Bosnien-Herzegowina, Nigeria, Myanmar, Tansania, Burundi, Äthiopien und die Situation der Krimtatar*innen acht Jahre nach Beginn der russischen Okkupation der Krim. Wir zeigten detailliert auf, welche Verbrechen begangen wurden und richteten konkrete Forderungen an den UN-Menschenrechtsrat und seine Mitglieder.

Angehörigen ethnischer, religiöser und sprachlicher Minderheiten halfen wir bei der Akkreditierung für den Menschenrechtsrat und andere Veranstaltungen der Vereinten Nationen wie die UN-Klimakonferenz in Ägypten. Es ist uns äußerst wichtig, dass Betroffene ihre Anliegen selbst und direkt vor Gremien der Vereinten Nationen vorbringen können.



WEIL JEDER TAG ZÄHLT!
MENSCHENRECHT • WELTWEIT • DIESER KALENDER STARTET



Unser neuer Bildkalender 2024

Jetzt bestellen!

05 2024
MAI

Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
		01	02	03	04	05
06	07	08	09	10	11	12
13	14	15	16	17	18	19
20	21	22	23	24	25	26
27	28	29	30	31		

DANI/HUBULA
Westpapua (Indonesien)

„Während die einen verfolgt werden oder sogar vom Untergang bedroht sind wie die Mandäer im Irak, erleben andere großen Zulauf. Die christlichen Kirchen in China sind dafür ein Beispiel.“

„Während die einen verfolgt werden oder sogar vom Untergang bedroht sind wie die Mandäer im Irak, erleben andere großen Zulauf. Die christlichen Kirchen in China sind dafür ein Beispiel.“

Gesellschaft für bedrohte Völker

06 2024
JUNI

Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
						01
02	03	04	05	06	07	08
09	10	11	12	13	14	15
16	17	18	19	20	21	22
23	24	25	26	27	28	29
30	31					

ROHINGYA
Myanmar

„Während die einen verfolgt werden oder sogar vom Untergang bedroht sind wie die Mandäer im Irak, erleben andere großen Zulauf. Die christlichen Kirchen in China sind dafür ein Beispiel.“

„Während die einen verfolgt werden oder sogar vom Untergang bedroht sind wie die Mandäer im Irak, erleben andere großen Zulauf. Die christlichen Kirchen in China sind dafür ein Beispiel.“

Gesellschaft für bedrohte Völker

10 2024
OKTOBER

Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
						01
02	03	04	05	06	07	08
09	10	11	12	13	14	15
16	17	18	19	20	21	22
23	24	25	26	27	28	29
30	31					

SIKHA
Ladakh (Indien)

„Während die einen verfolgt werden oder sogar vom Untergang bedroht sind wie die Mandäer im Irak, erleben andere großen Zulauf. Die christlichen Kirchen in China sind dafür ein Beispiel.“

„Während die einen verfolgt werden oder sogar vom Untergang bedroht sind wie die Mandäer im Irak, erleben andere großen Zulauf. Die christlichen Kirchen in China sind dafür ein Beispiel.“

Gesellschaft für bedrohte Völker

Mit wunderschönen Porträts, überraschenden Schnappschüssen und anrührenden Szenen von fröhlichen Festen stellen wir in unserem neuen Bildkalender zwölf ganz unterschiedliche Religionsgemeinschaften und indigene Völker vor. Während die einen verfolgt werden oder sogar vom Untergang bedroht sind wie die Mandäer im Irak, erleben andere großen Zulauf. Die christlichen Kirchen in China sind dafür ein Beispiel.

Kritische Texte auf den Rückseiten der Monatsblätter erklären Hintergründe und streichen heraus: Der Glaube kann entscheidend für menschliches Handeln sein – im Guten wie im Bösen. Er kann Kriege anheizen, Rechtfertigung für Unterdrückung und Verfolgung liefern oder mäßigend Frieden stiften.

Erfreuen Sie sich 2024 an den großformatigen Bildern unseres Kalenders und erfahren Sie auf den Rückseiten mehr über die Yarsan/Kaka'i in Kurdistan, Juden aus Äthiopien, First Nations in Kanada, Yeziden im Nahen Osten, Dani/Hubula in Westpapua, Rohingya in Myanmar, Mandäer im Irak, die Gemeinschaft der Santería in Kuba, indigene Völker der Anden, Brokpa in Ladakh/Indien, Tuwa in Russland sowie Christen in China.

Unser Kalender 2024 „Glaubenssache(n)“ kostet 21 Euro (Versand deutschlandweit gratis). Er misst 44 x 32 Zentimeter. Die letzte Seite haben wir als übersichtlichen Jahresplaner gestaltet.

Online für Menschenrechte







26.160 Abonnent*innen zählten unsere Social-Media-Kanäle im Dezember 2022. Es werden jedes Jahr mehr. Auf Instagram, Twitter, Youtube und Facebook machen wir täglich Lärm für Menschenrechte. Besonders junge Menschen können wir hier stetig erreichen und ansprechen. Im Social Media Monitor im Quartal IV kamen wir nach Follower-Wachstum auf Platz 3. Dieser Monitor beobachtet und bewertet die Social-Media-Aktivitäten von über 100 deutschen Vereinen nach Reichweite und Follower*innen-Anzahl.

Die Social-Media-Arbeit ist besonders für die direkte Zusammenarbeit und öffentlich sichtbare Kooperation mit Betroffenen, Aktivist*innen und Partnerorganisationen von zentraler Bedeutung: Hier können wir uns solidarisieren, unterstützen, Plattform bieten. Damit schaffen wir politische und bildende Inhalte, die unsere Kampagnen begleiten und verstärken. Beispielsweise haben wir uns mit Bosnien-Aktivist*innen solidarisiert und einen SWR-Podcast angeprangert, der den Genozid von Srebrenica verharmloste. Gleichzeitig können wir unsere politische Arbeit multiplizieren, indem wir Publikationen, Filmen, Aktionen und Veranstaltungen Wiederhall verleihen.

Viele Kampagnen fanden im Jahr 2022 in den sozialen Medien statt. So platzierten wir hier Inhalte der Kampagne „Rote Karte für Katar“, in deren Rahmen ein Pub Quiz angeboten wurde. Wir berichteten tagesaktuell von unserer Referentin Eliane Fernandes auf ihren Reisen in Brasilien. Den Tag der indigenen Völker und die Foto-Aktion „Y for Yanomami“ haben wir intensiv begleitet. Wir haben einen Film über den Genozid an den Yezid*innen produziert, der die Geschichten von vier Zeitzeug*innen erzählt.

Besonders direkt und persönlicher können wir in Kanälen berichten, die nicht von den Algorithmen großer IT-Konzerne reguliert werden: Im Newsletter, auf der Homepage, im Podcast. Etwa alle 14 Tage erschien unser Newsletter im Jahr 2022. In 29 Ausgaben berichteten wir über aktuelle Projekte, Ereignisse und Veranstaltungen. Der Podcast „Für Vielfalt“ ruhte von April 2022 bis Ende des Jahres. Seit 2023 sind wir wieder dabei.

Unsere Social Links:

-  @bedrohteVoelker
-  @GfbV
-  @GfbV.de
-  GfbVde
-  Für Vielfalt
-  Für Vielfalt

Die Regional- und Aktionsgruppen der GfbV

Ehrenamtliche Arbeit online und vor Ort

Im Jahr 2022 war die Pandemie endlich vorbei und wir konnten unsere Anliegen wieder vermehrt auf die Straße tragen. Unsere Ehrenamtlichen haben diese Aktivitäten unterstützt und durch eigene Initiativen bereichert. Zu der wertvollen ehrenamtlichen Arbeit zählen die Organisation und Betreuung von Büchertischen, Filmvorführungen, Vorträgen, Ausstellungen und Menschenrechtsaktionen. Manche Gruppen bestehen seit Jahren oder Jahrzehnten und sind in ihrer Region zu einer festen Institution geworden. Andere Gruppen – vor allem in Universitätsstädten – befinden sich durch die hohe Fluktuation ihrer studentischen Mitglieder im ständigen Wandel und widmen sich wechselnden Arbeitsschwerpunkten.

Neben unseren lange etablierten Regionalgruppen engagieren sich viele in überregionalen Aktionsgruppen zu selbst gewählten Themen. Das Bundesbüro bietet Aktions- und Infopakete zu verschiedenen Themen an, die auch von Aktiven und Interessierten außerhalb der Regional- und Aktionsgruppen bestellt und genutzt werden. Die Ehrenamtlichen stehen meist online und über Videokonferenzen zueinander in Kontakt und entwickeln wichtige Menschenrechtsinitiativen.

*rechts: Regionalgruppentreffen im Juni 2022 in Göttingen,
Foto: Daniel Matt/GfbV*

Die alljährliche Bundesregionalgruppenkonferenz fand am 23. Januar 2022 zum Ende der Pandemie noch online statt. Dort wählten die Ehrenamtlichen wie in jedem Jahr eine Vertretung, konnten sich austauschen und sich gegenseitig von ihren Aktivitäten im vergangenen Jahr berichten. Es gab zwei inhaltliche Vorträge aus dem Bundesbüro und neue Haupt- und Ehrenamtliche haben sich vorgestellt. Als Sprecherinnen wurden Anna Hobbiebrunken und Gesine Gerdes gewählt. Zusätzlich haben wir uns am 25. Juni 2022 wieder in Präsenz in unserem Büro in Göttingen getroffen. Wir haben über Perspektiven des Ehrenamts nach der Pandemie diskutiert.

Möchten auch Sie sich ehrenamtlich bei uns engagieren? Schreiben Sie uns gerne an machmit@gfbv.de oder kontaktieren Sie uns auf Social Media. Eine Übersicht der Aktivitäten und bestehenden Gruppen finden Sie hier:

BITTE SCANNEN



Die Sektion Bosnien

Unser Fokus lag im Frühjahr 2022 vor allem auf dem Internationalen Roma-Tag, sodass eine Reihe unserer Aktivitäten der Roma-Minderheit gewidmet war. Wir haben unter anderem das Projekt „Verhinderung von Gewalt an Frauen in Ländern des Westbalkans“ unterstützt. Dafür wurden Profile von Roma-Frauen erstellt und darin ihrer aktuellen Situation beschrieben. Das Projekt soll helfen, Vorurteile gegen Roma-Frauen in der Öffentlichkeit abzubauen.

Im Rahmen des Srebrenica-Gedenktages konnten wir auf Einladung der GfbV-Regionalgruppe in Karlsruhe in Zusammenarbeit mit der Bosnia-kisch-Deutschen Gemeinde Karlsruhe, der Islamischen Gemeinde der Bosniaken in Karlsruhe und dem Kulturzentrum Tollhaus an einer Veranstaltung teilnehmen. Wir haben einen Vortrag zum Thema „Leugnung des Genozids in Srebrenica – Auswirkungen der Leugnung, Minimierung und Relativierung des Verbrechens auf den Friedens- und Versöhnungsprozess in Bosnien und Herzegowina“ gehalten.

Im Jahr 2022 durften wir das 25. Jubiläum der Arbeit der GfbV-Sektion Bosnien und Herzegowina feiern. Hierzu bereiteten wir eine neue Dokumentation mit Beiträgen von Journalist*innen, Politiker*innen, Menschenrechtsaktivist*innen, Wissenschaftler*innen und Opfern vor, mit denen wir in den vergangenen Jahren eng zusammengearbeitet haben. Auf der Konferenz und Feier sprachen dann auch viele von ihnen, unter ihnen Prof. Dr. Christian Schwarz-Schilling, Dr. Eli Tauber, Prof. Dr. Mirko Pejanovic und viele andere.



*Beim 25. Jubiläum der Sektion Bosnien
Foto: Jasna Causevic/GfbV*

Die Sektion Schweiz

Die GfbV-Schweiz ist ein komplett eigenständiger Verein mit eigener Finanzierung. Sie arbeitete im Jahr 2022 an mehreren langfristigen Programmen:

Mit dem Programm „Hände weg vom Amazonas!“ unterstütze die GfbV Schweiz ihre Partner*innen, die sich für ihre Rechte und den Erhalt ihrer Gebiete im brasilianischen Amazonas einsetzen. Diese sind durch wirtschaftliche Tätigkeiten unter anderem der Agrarkonzerne Marfrig und BrasilA-gro stark bedroht. Für diese hat auch die Schweizer Großbank UBS Investor*innen gesucht – dies zeigten GfbV-Recherchen, die auch durch ein Erklär-Video großes Echo ausgelöst haben.

Das Programm „#NoComplicity: Menschenrechte in China“ verlieh eine „Goldmedaille des Schweigens“ an den Schweizer Bundesrat, der sich auch im Rahmen der Winterolympiade nicht zur Unterdrückung ethnischer und religiöser Gemeinschaften in Ostturkestan und Tibet äußerte. Bei dieser und anderen Aktionen, Protesten und Workshops wurde die gute Zusammenarbeit mit den uigurischen und tibetischen Partner*innenorganisationen greifbar. Das langfristige Engagement zahlte sich auch aus: Bis ins wirtschaftsfreundliche Lager hinein fordern nun Politiker*innen konkrete Maßnahmen gegen Chinas Repression und für verantwortungsvolles Wirtschaften.

Mit dem Einmarsch in die Ukraine verschärfte sich auch die Repression gegen indigene Aktivist*innen in Russland. Entsprechend standen 2022 Maßnahmen zur Unterstützung unserer Partner*innen im Zentrum des Programms „Arctic life, indigenous rights now!“. Die GfbV Schweiz löschte online zugänglichen Inhalte um die Identität der Aktivist*innen zu schützen und unterstützte aus Russland Geflohene beim Aufbau der Exilorganisation ICIPR. Im Sommer reisten Mitglieder des ICIPR zum UN-Expert*innenmechanismus für die Rechte indigener Völker (EMRIP). Hier gab es gemeinsam mit der GfbV Deutschland Aktionen, Treffen und weitere Lobby- und Advocacy-Arbeit.

Im Rahmen des Programms „No Dirty Gold!“ prangerte eine indigene Delegation aus dem brasilianischen Amazonas die Zerstörung ihrer Gebiete durch illegalen Goldabbau an. Mehr als 70 Prozent des weltweiten Goldhandels läuft über die Schweiz – ohne Transparenzanforderungen. Für mehr Transparenz setzt sich die GfbV schon jahrelang ein und zog 2022 mit einem entsprechenden Antrag vor das höchste Schweizer Gericht. Während der Entscheid noch aussteht, konnten die indigenen Partner*innen in Gesprächen mit der Schweizerischen Vereinigung der Edelmetallfabrikanten und -händler erreichen, dass diese den illegalen Goldhandel im brasilianischen Amazonas in einem Statement verurteilen – für die Goldbranche durchaus überraschend.

Die Sektion Südtirol

Im Jahr 2022 waren unsere Aktivitäten noch immer durch die Pandemie beeinträchtigt. Dennoch konnten wir einige Initiativen umsetzen, zum Beispiel das Filmfestival „Minderheiten“ in Zusammenarbeit mit der Europäischen Akademie Bozen und dem Filmclub: „Anderswo/Minorities“. Von Januar bis Dezember fand monatlich eine Vorstellung statt, Fachleute waren mit dabei.

Die Themen spannten sich von den amerikanischen Indigenen (The Rider), zum Völkermord in Srebrenica (Quo vadis Aida?), von Kurdistan (Nachbarn, in Anwesenheit des Regisseurs Mano Khalil), zu den australischen Indigenen (Sweet Country) und bis in die Mongolei (Schwarze Milch). Im Dezember präsentierte der Innu-Filmemacher Ernest Webb den Dokumentarfilm „Reel Injuns“ mit Ausschnitten aus klassischen und zeitgenössischen Darstellungen von amerikanischen Indigenen in Hollywood-Filmen. Das Jahr war natürlich stark vom russischen Eroberungskrieg gegen die Ukraine geprägt. Auf unserem Blog gfbv-voices.org griffen wir immer wieder ukrainische Themen auf. Besonders den Krieg gegen die Zivilbevölkerung, gegen Kulturstätten, und die Deportation ukrainischer Kinder. Zur angespannten Lage im Nahen Osten, insbesondere in der Region zwischen der Türkei und Syrien, veröffentlichten wir Hintergrundinformationen.

Ende 2022 haben wir in unseren Räumlichkeiten unser kurdisches Filmfestival veranstaltet. Zwischen dem 9. November und dem 1. Dezember zeigten wir eine Reihe von Filmen, darunter den Film ASO von Azad Evdike. Er leitet die Filmschule Banos, die wir seit Jahren unterstützen und mit der wir zusammenarbeiten. Im Laufe des Jahres veröffentlichten wir die neue Ausgabe von unserer Zeitschrift pogrom, die nun unter dem neuen Namen „Plural: per i diritti umani e delle minoranze“ erscheint, mit dem Titel: „Giornalismo libero e diritti umani: Osservare da vicino ciò che sta accadendo“. „Plural“ befasst sich mit der Situation des Journalismus insbesondere in Kriegs- und Krisengebieten, in denen Menschenrechte ständig und bewusst verletzt werden. Wir gehen auf mehrere Vorträge und Diskussionen auf dem Innsbrucker Journalismus-Festival ein.



Foto: Mauro di Vieste

Unsere Zeitschrift „Für Vielfalt“



2022 haben wir in den sechs Ausgaben „Für Vielfalt – Zeitschrift für Menschen- und Minderheitenrechte“ wieder spannende Schwerpunkte aus Umwelt, Politik oder Religion gesetzt. Minderheiten und indigene Gemeinschaften legten ihre Sicht dar, Expert*innen analysierten Menschenrechtsverletzungen und Wege aus den Krisen.

Ausgabe 1/2022: In unserer Sprache drücken wir uns aus. Sie ist Teil von uns, unserer Identität. Doch viele Sprachen drohen auszusterben. Zu Beginn der UN-Dekade der indigenen Sprachen haben wir deswegen unsere erste Ausgabe des Jahres 2022 diesem emotionalen Thema gewidmet. **Sprache ist Macht: Rettet die Sprachen!**

Ausgabe 2/2022: Der Angriff Russlands auf die Ukraine dominiert seit Ende Februar 2022 die mediale Aufmerksamkeit. Doch in seinem Schatten schwelen weitere Konflikte, in denen Angehörige von Minderheiten zwischen die Fronten geraten. Wir nahmen sie in den Fokus: **Krieg und Frieden: Minderheiten in Konflikten**

Ausgabe 3/2022: Naturschutz ist eine gute Sache? Nicht, wenn er profitorientiert und menschenverachtend vorangetrieben wird. Es ist ein Spannungsfeld, dem wir weiterhin unsere volle Aufmerksamkeit schenken wollen: **Der Mensch und die Natur: Umweltzerstörung und Naturschutz bedrohen indigene Völker**



Das Redaktionsteam:
 Johanna Fischotter (li.), Leitung der
 Redaktion seit Januar 2018, und
 Salome Müller, studentische
 Hilfskraft seit Oktober 2022



Ausgabe 4/2022: Der gute Sportsgeist ist verfliegen, seit große Sportveranstaltungen in Ländern wie China, Russland oder Katar stattfinden. Das Land der Fußball-Weltmeisterschaft der Männer pfeift auf Menschenrechte. Wir zeigen dafür die: **Rote Karte für Katar**

Ausgabe 5/2022: Ein Völkermord besteht aus 10 Phasen – wobei die letzte die Grundlage für einen neuen Genozid bildet. Den Teufelskreis gilt es zu durchbrechen. Wissen ist dafür unabdingbar: **Nie wieder Genozid: Aufarbeitung statt Leugnung!**

Ausgabe 6/2022: Der Schmelztiegel der abrahamitischen Religionen ist Jerusalem. Das Lalisch-Tal im Irak, der australische Uluru oder die heili-

gen Gräber in den Anden wecken aber nicht geringere Sehnsüchte. Glauben riechen, schmecken, fühlen. Möglich ist das an: **Heiligen Orten: Wo das Göttliche wohnt**

Neu 2022!

Ganz neu gibt es unsere Zeitschrift nun auch in Bahnhofsbuchhandlungen zu kaufen. Jetzt kostenloses Probeexemplar anfordern und unsere Zeitschrift abonnieren unter:

www.gfbv.de



Geschäftsführung und Finanzen



Loan comparison calculator

Rate	Amount	Term	Price	Cost	Amount
10%	100	12	\$15000	12	\$4200
10%	100	24	\$25000	6	\$1800
10%	100	36	\$35000	6	\$2700
10%	100	48	\$45000	4	\$900
10%	100	60	\$55000	5	\$1500
10%	100	72	\$65000	7	\$2100

Pie and doughnut charts are probably the most common used charts. They are divided into segments. The size of each segment shows the proportion value of each piece of data.

Geschäftsführung und Finanzen

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) ist eine internationale Menschenrechtsorganisation und setzt sich für verfolgte und bedrohte ethnische und religiöse Minderheiten, Nationalitäten und indigene Gemeinschaften ein. Die GfbV ist unabhängig und wird überwiegend von privaten Spenden und Mitgliederbeiträgen finanziert. Wir sind dankbar dafür und für die 2022 uns zugedachten Erbschaften und Vermächtnisse. All dies gewährleistete unsere parteipolitische und ideologische Unabhängigkeit.

Als Menschenrechtsorganisation vertreten wir die Interessen von bedrohten Minderheiten auf allen Kontinenten bei Politikern, Verbänden und Medien. Diesen Einsatz haben die Vereinten Nationen anerkannt und der Organisation einen Beraterstatus beim Wirtschafts- und Sozialrat verliehen. Damit hat sie vor UN-Gremien Rederecht und kann die Stimme für verschiedene Minderheiten erheben. Beim Europarat besteht ein mitwirkender Status. Mit Presseerklärungen und Interviews in den Medien, mit der hauseigenen Zeitschrift „Für Vielfalt“, im Internet und in sozialen Netzwerken, mit Ausstellungen, Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen informieren wir die Öffentlichkeit über die Verfolgung und Vernichtung von Minderheiten. Wesentlicher Teil der Arbeit des Vereins wird von Regionalgruppen in verschiedenen Städten und Regionen der Bundesrepublik getan. Diese Gruppen sind das Sprachrohr zu einer breiteren Öffentlichkeit.

Menschenrechtsarbeit ist daher vor allem sehr personalintensiv. Im Kalenderjahr 2022 beschäf-

tigte die GfbV im Jahresdurchschnitt 19 Mitarbeiter*innen in Voll- oder Teilzeit. Wir reisen mit dem Zug zu Gesprächen mit politischen Ausschüssen und Parlamentarier*innen, mit Kirchenvertreter*innen, zu Kongressen oder Podiumsdiskussionen. Oft begleiten wir auch Sprecher*innen bedrohter Völker zu wichtigen Terminen. Für Menschenrechtsaktionen oder Infostände etwa auf dem Kirchentag oder auf Messen sind meist mehrere von uns unterwegs.

Uns entstehen Druck- und Vertriebskosten für unsere Kampagnenblätter, die wir mehrmals im Jahr verbreiten, aber auch für Reporte und Memoranden, Postkartenaktionen und Rundbriefe. Unter Werbe-, Öffentlichkeits- und Pressearbeit fallen nicht nur die Herstellung von Veranstaltungsplakaten, Handzetteln oder Transparenten. Darin sind auch die Aufwendungen für unsere Menschenrechtsaktionen gefasst, ohne die sich Medien und Öffentlichkeit wohl längst nicht so oft für unsere Themen interessiert hätten. Auch die Pflege unserer Presseverteiler und die Verbreitung unserer Pressemitteilungen, von denen jede Woche mehrere erscheinen, verursachen Kosten.

Aufwandsentschädigungen Ehrenamtliche - Vergütung Hauptamtliche

Vorstand, Rechnungsprüfer, Schiedskommission, Finanzbeirat und Beirat sind ehrenamtlich tätig. Es werden lediglich nachgewiesene Kosten wie Reisekosten ersetzt. Darüber hinaus kann Vorstandsmitgliedern eine Vergütung im Rahmen der Freibeträge nach § 3 Nr. 26 a EStG gezahlt werden.

Im Jahr 2022 wurden an fünf Vorstandsmitglieder Aufwandsentschädigungen i.H.v. insgesamt 3.600,00 EUR gezahlt.

Unsere geltende Betriebsvereinbarung (BV) sieht fünf Entgeltstufen, Angestellte in Verwaltung und Vertrieb, im Aktionsreferat, in der Buchhaltung, Referent*innen sowie Angestellte mit besonderer Verantwortung und Teamleitern vor. Innerhalb der Gehaltsstufen gibt es jeweils sechs Aufstiegsstufen, die sich an der Dauer der Betriebszugehörigkeit orientieren. Sie werden nach dem ersten, dritten, fünften, zehnten und fünfzehnten Jahr der Anstellung bei der GfbV erreicht. Auf einer Vollzeitstelle mit 40 Wochenarbeitsstunden sollte ein*e Angestellte*r in der geringsten Stufe 2.167,20 Euro und ein*e Referent*in oder Buchhalter*in mit besonderer Qualifikation und Verantwortung mit mindestens 15-jähriger Zugehörigkeit auf der höchsten Stufe in 4 bis zu 3.821,52 Euro verdienen. Die Teamleiter können in der höchsten Stufe bis 4.251,52 Euro bekommen. Es gibt drei Werkstudent*innen mit 20 Stunden und einem Gehalt von 1.118,00 Euro Brutto.

Alle Mitarbeiter bekommen einen Zuschuss zur betrieblichen Altersvorsorge. Die Betriebsvereinbarung gilt nicht für leitende Angestellte i. S. des § 5 BetrVG.

Tabelle auf Grundlage von Vollzeitstellen (40 Stunden wöchentlich) und Betriebszugehörigkeit

Position	Durchschnittsgehalt
Angestellte/Hilfskräfte	2.491,46 €
Verwaltung	3.153,09 €
Referent*innen	3.491,36 €
Teamleiter/Direktor	4.363,99 €

Die Jahresgesamtbezüge für alle Mitarbeiter der GfbV in 2022 belaufen sich auf 724.811,42 Euro.

Von einer Nennung der Jahresvergütung des Direktors haben wir Abstand genommen. Er hat einer namentlichen Nennung widersprochen.

WICHTIGE GREMIEN DER GFBV E.V.

Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung wählt alle zwei Jahre die fünf Mitglieder unseres Vorstands, eine dreiköpfige Schiedskommission und jedes Jahr zwei ehrenamtliche Rechnungsprüfer*innen, die alljährlich im Auftrag des Vereins die Verwendung der Spendengelder sowie die Arbeit der Bundesgeschäftsstelle prüfen. Jedes Mitglied, das der GfbV mindestens drei Monate vor unserer Mitgliederversammlung beigetreten ist und seinen Beitrag vollständig entrichtet hat, hat eine Stimme.

Im Oktober 2022 hat die Mitgliederversammlung in Präsenz stattgefunden. Der Bericht der Bundesregionalgruppen-Teams, der Schiedskommission und der Rechnungs- und Abschlussprüfungsbericht für das Geschäftsjahr 2021 wurde auf der Versammlung 15. Oktober 2022 vorgetragen und die Entlastung des Vorstands beschlossen. Der Vorstand hat dabei nicht mitgestimmt.

Vorstand

Unser ehrenamtlicher Vorstand ist für alle Angelegenheiten des Vereins zuständig und unser finanz- und personalverantwortliches Gremium. Er orientiert sich an den in der Satzung definierten Aufgabenbereichen (§ 7). Er führt die laufenden Geschäfte, insbesondere die Ausgestaltung unserer politischen Arbeit, delegiert diese Aufgaben jedoch an die dafür angestellten hauptamtlichen Kräfte. Der Vorstand bereitet die Mitgliederversammlung vor und ist dafür verantwortlich, dass die dort getroffenen Beschlüsse ausgeführt werden. Der Vorstand ist das finanz- und personalverantwortliche Gremium. Weitere Aufgaben des Vorstandes ergeben sich aus der Satzung.

Beirat

Der GfbV-Beirat besteht aus mindestens fünf Mitgliedern, berät und unterstützt die Mitgliederversammlung und unseren Vorstand. Dieser beruft

Personen in den Beirat, die durch ihr öffentliches Wirken in besonderem Maße unsere Ziele unterstützen. Der Vorstand hat bei der Erarbeitung des Jahresprogramms sowie für wichtige politische Entscheidungen die besonderen Fachkenntnisse und Kontakte der Beiratsmitglieder zu nutzen.

Experten

Mindestens 40 Expert*innen arbeiteten 2022 weltweit ehrenamtlich mit der GfbV zusammen. Die Expert*innen beraten die GfbV-Referent*innen, knüpfen Kontakte zu Betroffenen und stellen ihr spezifisches, tiefgehendes Wissen über einzelne Länder und Regionen sowie ethnische und religiöse Minderheiten kostenlos zu Verfügung.

Regionalgruppen

Ohne das ehrenamtliche Engagement vieler Menschen könnte die Arbeit der GfbV nicht funktionieren. Unsere 15 Regionalgruppen (RG) sind für uns durch nichts zu ersetzen und ein wichtiger Teil unserer Menschenrechtsorganisation. Sie werden vom Vorstand und Bundesbüro gefördert, organisieren Informationsveranstaltungen und Mahnwachen, werben für Unterstützung von Projekten und Kampagnen. Ihre Stellung und Tätigkeit sind in unserem für alle verbindlichen Regionalgruppenstatut geregelt. Alljährlich sind alle Regionalgruppen-Mitglieder zu einem Regionalgruppentreffen eingeladen.

GfbV Sektionen

Die **GfbV Schweiz** ist ein komplett eigenständiger Verein mit eigener Finanzierung und eigenen Projekten.

Die **Sektion Südtirol** war online sehr aktiv mit Pressemitteilungen zu verschiedenen Krisen, aber auch mit einigen „realen“ Aktivitäten.

Die **Sektion Bosnien-Herzegowina**: Die Arbeit der GfbV-BiH ist sehr vielfältig. Zum Welt-Roma-Tag wurde ein aktueller Bericht zur Lage der Roma

in Bosnien veröffentlicht und Forderungen an die zuständigen Ämter und Institutionen eingereicht.

Im Rahmen des Srebrenica-Gedenktages konnte die Sektion auf Einladung der GfbV-Regionalgruppe in Karlsruhe an einer Veranstaltung mit einem Vortrag zum Thema „Leugnung des Genozids in Srebrenica – Auswirkungen der Leugnung, Minimierung und Relativierung des Verbrechens auf den Friedens- und Versöhnungsprozess in Bosnien und Herzegowina“ teilnehmen.

Im Jahr 2022 durften sie das 25. Jubiläum der Arbeit der GfbV-Sektion Bosnien und Herzegowina feiern. Hierzu bereiteten sie eine neue Dokumentation mit Beiträgen von Journalist*innen, Politiker*innen, Menschenrechtsaktivist*innen, Wissenschaftler*innen und Opfern vor, mit denen sie in den vergangenen Jahren eng zusammengearbeitet haben.

Die in der **GfbV International** zusammengeführten verschiedene Sektionen arbeiten u.a. bei der Arbeit mit den Vereinten Nationen zusammen.

Mitgliedschaften

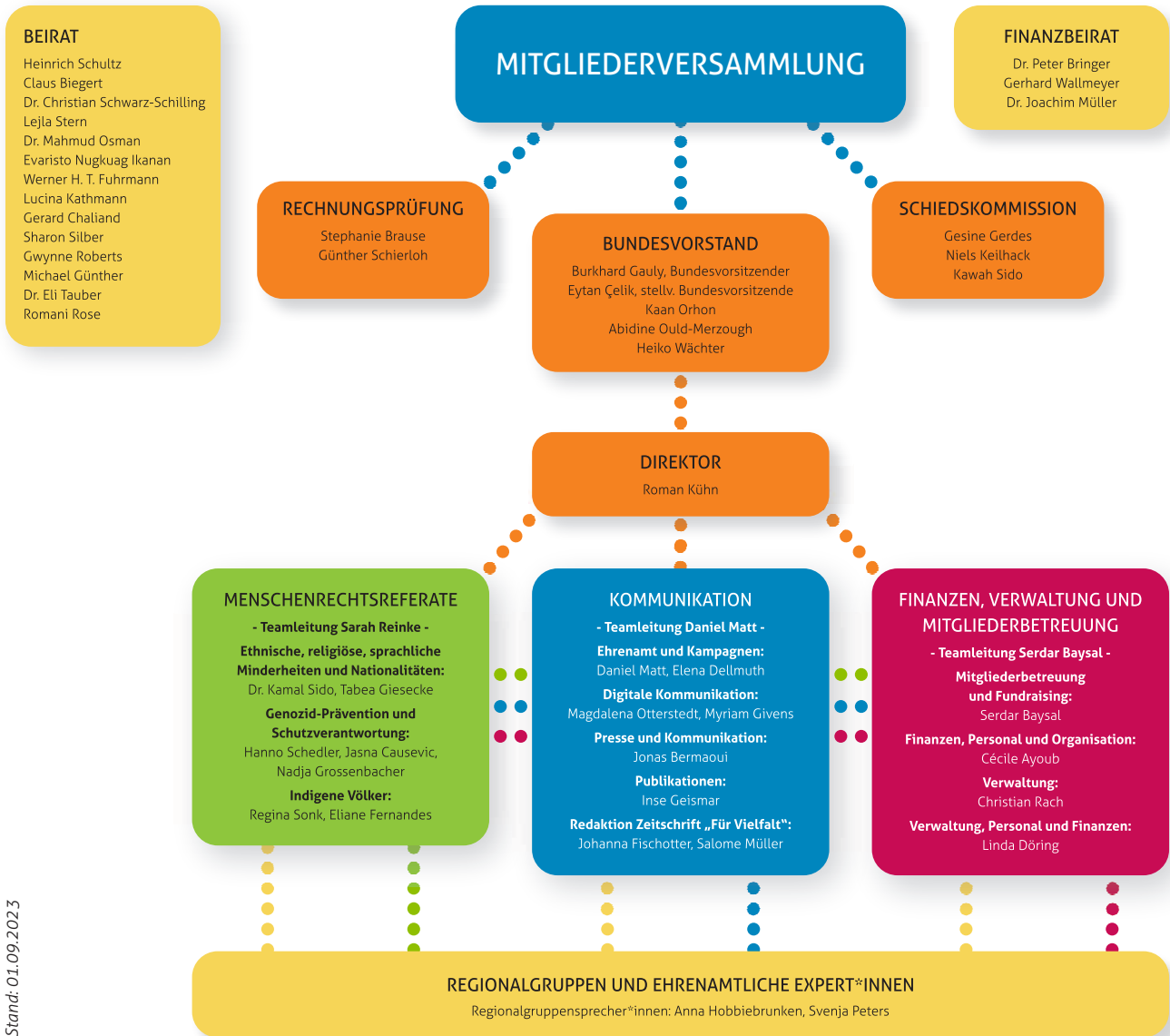
Die Gesellschaft für bedrohte Völker arbeitet von Fall zu Fall mit anderen Menschenrechtsorganisationen und Umweltgruppen zusammen. Wir geben gemeinsam mit ihnen Pressemitteilungen heraus oder kooperieren erfolgreich bei Veranstaltungen. Mitglied sind wir bei: Adivasi-Koordination in Deutschland e.V. (Kassel), Burma Global/European Burma Human Rights Network (London), Forum Menschenrechte (Berlin), International Coalition for the Responsibility to Protect (ICRtoP, New York), International Tibet Network (London), Klima-Allianz Deutschland (Berlin), Koordination ILO 169 (Deutschland), KoBra (Kooperation Brasilien), der Initiative Lieferkettengesetz Deutschland der Initiative Transparente Zivilgesellschaft Nobody's Listening (London), Bündnis für Solidarität mit den Sinti und Roma Europas (Berlin) und Geneva Support Group (GSG) in Genf.

Stand 31.07.2023

ORGANISATIONSSTRUKTUR



Gesellschaft für
bedrohte Völker



Stand: 01.09.2023

Der Sitz der Bundesgeschäftsstelle der Gesellschaft für bedrohte Völker Deutschland ist Göttingen.



FINANZEN

Transparenz und Kontrolle

Die Übersicht über unsere Finanzen für das Geschäftsjahr 2022 wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und den Vorgaben der IDW Stellungnahme zur Rechnungslegung von Vereinen (IDW RS HFA 14) und Besonderheiten der Rechnungslegung Spenden sammelnder Organisationen (IDW RS HFA 21) erstellt. Die GfbV unterzieht sich jährlich der freiwilligen Bewertung unter Berücksichtigung der Leitlinien des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (DZI). Die Rechnungslegung erfolgte auf der Basis einer ordnungsgemäßen Buchführung und kaufmännischer Prinzipien.

Wirtschaftsprüfung

Der Jahresabschluss für die GfbV wird regelmäßig durch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft. Die Prüfung für das Geschäftsjahr 2022 erfolgte im September 2023 durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Beckmann und Partner mbB (Göttingen), mit Datum vom 20. September 2023 wurde ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt.

Rechnungsprüfer

Einmal jährlich prüfen unsere beiden Rechnungsprüfer*innen in unserer Bundesgeschäftsstelle in Göttingen ehrenamtlich unsere Kasse. Für das Geschäftsjahr 2022 fand die Prüfung am 18. September 2023 statt. Die Rechnungsprüfer empfehlen die Entlastung des Vorstandes.

DZI

Das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI) prüft jährlich, ob die GfbV das Spendensiegel erneut zuerkannt bekommt. Mit dem Siegel wird eine wirtschaftliche und satzungsgemäße Verwendung der Spenden bescheinigt. Es ist Zeichen sorgfältig geprüfter Seriosität und Spen-

denwürdigkeit und wird der GfbV e.V. seit 2007 regelmäßig zuerkannt.

Controlling

Für jedes Geschäftsjahr wird ein Haushaltsplan erstellt, der vom Vorstand genehmigt wird. Die Einhaltung dieses Plans wird durch ständigen Soll/Ist-Vergleich nachgehalten. Statistiken werden tagesaktuell gepflegt. Der Vorstand erhält regelmäßige Finanzberichte.

Einnahmen

Wer der GfbV spendet, unterstützt unsere Arbeit für ethnisch und religiös verfolgte Minderheiten. Dazu gibt es vielfältige Möglichkeiten: Treue Dauerspender*innen, Mitglieder sowie Förder*innen unterstützen uns regelmäßig. Einige Menschen berücksichtigen die GfbV in ihrem Testament, um sich über den Tod hinaus für eine friedliche Zukunft zu engagieren. An Bußgeldern wurden uns 2022 leider keine zugewiesen. Wir haben uns allen Richter*innen und Staatsanwält*innen in Niedersachsen mit der Zusendung eines Infoblattes in Erinnerung gebracht.

Im Geschäftsjahr 2022 lagen die Gesamteinnahmen bei 1.593.083,13 Euro (2021 1.295.755,96 Euro) und somit 297.327,17 Euro über denen des Vorjahres. Die Spenden machten fast 55,5 % unserer Einnahmen aus und waren neben den Mitgliedsbeiträgen die wichtigste finanzielle Säule.

Die Beiträge unserer Mitglieder und Förder*innen verzeichneten einen geringen Rückgang. Ebenso gibt es einen kleinen Rückgang bei den Mitgliedern, Abonnent*innen und Förder*innen. Was bei den Mitgliedern und Abonnent*innen durch Auswirkungen des demografischen Wandels zu begründen ist.

Außerdem wurden wieder Mitglieder und Förder*innen gelöscht (möglich lt. Satzung 2021 § 4 Abs. 1c und Abs. 3), die min. 12 Monate keine Mitgliedsbeiträge mehr gezahlt haben und schriftlich

gemahnt wurden. Rechnet man diese Mitglieder mit ein, ergibt sich ein Rückgang von 1,50 % statt 1,76 %.

Am 31. Dezember 2022 hatte die GfbV-Deutschland somit 4.511 Mitglieder und 658 Förder*innen. Damit sinkt die Zahl der Förder*innen um 1,05 %. Unsere Zeitschrift „Für Vielfalt“ wurde von 2.983 Leserinnen und Lesern abonniert. Das ist ein geringfügiger Rückgang unserer Abonnent*innen um 1.84 %.

Ausgaben

Insgesamt haben sich die Personalausgaben und auch die allgemeinen Ausgaben erhöht, was einerseits durch die Einstellung eines neuen Direktors, der Teamleitungen und durch Gehaltserhöhungen zum Inflationsausgleich bei den Personalausgaben entstanden ist. Die allgemeinen Ausgaben sind nach der Coronazeit wieder durch mehr Reisekosten, Veranstaltungen, auch höhere Ausgaben bei den Druck- und Vertriebskosten, Fremdarbeiten etc. entstanden.

Der Jahresüberschuss von 21.594,77 Euro wird, wie in den Vorjahren, auf neue Rechnung vorgetragen und steht dem Verein zur Erfüllung der satzungsgemäßen Zwecke zur Verfügung.

Einnahmen 2022 und 2021

	2022		2021	
Erbschaften	34.650,00 €	2,18%	185.880,05 €	14,35%
Bußgelder	0,00 €	0,00%	250,00 €	0,02%
Mitgliedsbeiträge	481.544,98 €	30,23%	522.122,24 €	40,29%
Förderbeiträge	64.453,96 €	4,05%	66.446,51 €	5,13%
Zuwendungen anderer Organisationen	0,00 €	0,00%	0,00 €	0,00%
Ertrag aus Spendenverbrauch	885.358,99 €	55,58%	396.351,60 €	30,59%
Vereinnahmte Spenden	608.268,83 €	38,18%	637.877,40 €	49,23%
Erlöse	127.075,20 €	7,98%	124.705,56 €	9,62%
Gesamt	1.593.083,13 €	100,00%	1.295.755,96 €	100,00%



Gewinn- und Verlustrechnung 2022 und 2021

Gewinn-und-Verlust Rechnung		
	2022	2021
Erträge		
Geldspenden	949.812,95 €	463.918,11 €
<i>Spendenerträge</i>	885.358,99 €	396.351,60 €
<i>Förderbeiträge</i>	64.453,96 €	66.446,51 €
Nachlässe	34.650,00 €	185.880,05 €
Mitgliedsbeiträge	481.544,98 €	522.122,24 €
Geldauflagen		250,00 €
Sammlungseinnahmen	1.466.007,93 €	1.172.170,40 €
Zuwendungen anderer Organisationen		700,00 €
Umsatzerlöse aus steuerpfl. Geschäftsbetrieb	347,69 €	778,83 €
Umsatzerlöse aus Zweckbetrieb	123.350,98 €	120.959,70 €
<i>Zeitschrift Für Vielfalt (ehemals bedrohte Völker)</i>	58.287,02 €	49.486,11 €
<i>Bildkalender Lebenszeichen</i>	65.063,96 €	71.473,59 €
Zins- und Vermögenseinnahmen	294,03 €	254,96 €
Sonstige Einnahmen	3.082,50 €	892,07 €
Summe	1.593.083,13 €	1.295.755,96 €
Aufwendungen	2022	2021
Programmausgaben		
Personalausgaben	706.266,39 €	584.212,88 €
Sach- und sonstige Ausgaben	448.694,03 €	323.868,97 €
Ausgaben für Werbung und Öffentlichkeitsarbeit		
Personalausgaben	70.902,88 €	58.649,79 €
Sach- und sonstige Ausgaben	72.349,58 €	58.889,50 €
Verwaltungsausgaben		
Personalausgaben	143.647,40 €	118.822,96 €
Sach- und sonstige Ausgaben	127.883,89 €	117.522,35 €
Gesamtausgaben	1.569.744,17 €	1.261.966,45 €
Ausgaben für Vermögensverwaltung	38,97 €	18,15 €
Ausgaben des steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs	1.705,22 €	1.722,43 €
Summe	1.571.488,36 €	1.263.707,03 €
Jahresüberschuss	21.594,77 €	32.048,93 €

Bilanz

Die Bilanzsumme in Höhe von 2.549.386,94 Euro ist um 197.477,77 Euro niedriger als im Vorjahr. Im Geschäftsjahr 2022 wurden Anschaffungen in Höhe von 31.585,00 Euro getätigt. Die Abschreibungen des Geschäftsjahres belaufen sich auf 12.895,00 Euro. Die Rückstellungen liegen mit 90.700 Euro um 18.800 Euro über denen des Vorjahres.

Von den sonstigen Rückstellungen entfallen 60.700,00 Euro auf Verpflichtungen aus dem Personalbereich.

Die Verbindlichkeiten sind 2021 von 30.629,75 Euro in 2022 auf 67.184,30 Euro gestiegen. Die Betriebsmittelrücklage über 570.000 Euro deckt die laufenden wiederkehrenden Kosten für das erste Halbjahr ab.

Allgemeine finanzielle Lage

Die finanzielle Lage der Gesellschaft für bedrohte Völker ist weiterhin stabil. Das Geschäftsjahr 2022 wurde mit einem Jahresüberschuss von 21.594,77 Euro abgeschlossen.

Darüber hinaus bestehen zum Bilanzstichtag noch nicht verbrauchte Spendenmittel in Höhe von 2.391.502,64 Euro. Die Gesamtsumme der für die Menschenrechtsarbeit aufgewendeten Mittel beträgt 1.571.488,36 EUR. Der Bestand an flüssigen Mitteln in Höhe von 2.458.357,14 Euro ist ausreichend, um alle kurzfristig anstehenden Zahlungsverpflichtungen zu begleichen.

Unter Berücksichtigung gleichbleibender Spendeneingänge und eines stabilen Mitgliederbestands, ist die finanzielle Lage der GfbV e.V. zukünftig gesichert.

Bilanz zum 31. Dezember 2022 (und Vorjahr)

Aktiva	2022		2021	
	€	%	€	%
Anlagevermögen	44.979,00 €	1,76%	26.289,00 €	0,96%
Immaterielle Vermögensgegenstände	22.223,00 €	0,87%	0,00 €	0,00%
Sachanlagen	22.756,00 €	0,89%	26.289,00 €	0,96%
Umlaufvermögen	2.487.012,97 €	97,55%	2.716.368,86 €	98,89%
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	12.830,02 €	0,50%	9.323,52 €	0,34%
Sonstige Vermögensgegenstände	15.825,81 €	0,62%	27.817,16 €	1,01%
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	2.458.357,14 €	96,43%	2.679.228,18 €	97,54%
Rechnungsabgrenzungsposten	17.394,97 €	0,68%	4.206,85 €	0,15%
Summe Aktiva	2.549.386,94 €	100,00%	2.746.864,71 €	100,00%

Passiva

Noch nicht verbrauchte Spendenmittel	2.391.502,64 €	93,81%	2.644.334,96 €	96,27%
Noch nicht satzungsgemäß verwendete Spenden				
davon freie Rücklagen € 50.000,00 (Vorjahr € 50.000,00)	2.346.523,64 €	92,04%	2.618.045,96 €	95,31%
davon Betriebsmittelrücklage € 570.000 (Vorjahr € 530.000,00)				
Längerfristig gebundene Spenden	44.979,00 €	1,76%	26.289,00 €	0,96%
Sonstige Rückstellungen	90.700,00 €	3,56%	71.900,00 €	2,62%
Verbindlichkeiten	67.184,30 €	2,64%	30.629,75 €	1,12%
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,00 €	0,00%	0,00 €	0,00%
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	61.674,61 €	2,42%	21.937,20 €	0,80%
Sonstige Verbindlichkeiten	5.509,69 €	0,22%	8.692,55 €	0,32%
Summe Passiva	2.549.386,94 €	100,00%	2.746.864,71 €	100,00%

Der Förderverein für bedrohte Völker e.V.

Der Förderverein für bedrohte Völker e.V. unterstützt humanitäre Projekte zur Verbesserung der Lebenssituation bedrohter ethnischer und religiöser Minderheiten und Nationalitäten. Seit dem Jahr 2006 verfolgt er ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke und wird rein ehrenamtlich geführt. Spenden werden zu 100 Prozent an die Projekte weitergegeben.

Manche Projekte vermittelt die GfbV an den Förderverein. Oft bitten Minderheitenangehörige um Unterstützung einer Initiative, die Sprache und Kultur oder Zusammenhalt ihrer Gemeinschaft fördert, traditionelles Wissen weitergibt oder Armut bekämpft.

Wir freuen uns, dass 2022 besonders unsere beiden Projekte für die Lakota in Südakota (USA) Unterstützung fanden. Das eine, das „Horsemanship-Projekt“, stärkt Lakota-Kinder und -Jugendliche. Sie werden in der traditionellen Reitkunst ihrer Gemeinschaft unterrichtet, lernen aber noch viel mehr: Sie erfahren, wie wichtig ihre überlieferten Werte sind, finden ihre Identität, bauen Selbstbewusstsein auf. Das bewahrt viele Kinder aus verarmten oder zerrütteten Lakota-Familien vor Suizid, Alkohol- und Drogenmissbrauch.

Außerdem konnten wir mit unserem „Winterprojekt“ dazu beitragen, dass arme Lakota-Familien mit kleinen Kindern einigermaßen warm über die kalte Jahreszeit kamen. Besondere Hilfe brauchten auch ältere Menschen. Damit sie in ihren schlecht isolierten oder baufälligen Trailerhäusern in dem harten Winter im Pine Ridge Reservat nicht frieren mussten, haben wir für Bedürftige mit Spendengeldern Heizmaterial kaufen können. Oft zogen dann auch andere Familienmitglieder für einige Wochen mit in die nun warmen Stuben.

Eine Liste und eine ausführliche Beschreibung von Projekten des Fördervereins für bedrohte Völker e.V. finden Sie hier:

www.gfbv.de/de/humanitaere-initiativen/unsere-projekte/



Dem Förderverein gehört auch das Victor-Gollancz-Haus für Menschenrechte in Göttingen (Geiststraße7), das an die GfbV vermietet wird und Sitz unseres Bundesbüros ist.

Auf einen Blick

Vorstand und wichtige ehrenamtliche Gremien

Vorstand 2022

Burkhard Gauly (Karlsruhe), Bundesvorsitzender
Eytan Celik (Göttingen), stellvertretende Bundesvorsitzende
Abidine Ould-Merzough (Aachen)
Heiko Wächter (Hitzacker)
Kaan Orhon (Bonn)

Kassenprüfung 2022

Günther Schierloh (Göttingen)
Stephanie Brause (Berlin)

Schiedskommission 2022

Niels Keilhack (Göttingen)
Gesine Gerdes (Berlin)
Kawah Sido (Bad Salzschlirf)

Regionalgruppensprecherinnen 2022

Gesine Gerdes (Berlin)
Anna Hobbiebrunken (Göttingen)

Kontakt

Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)
Geiststraße 7
37073 Göttingen
Postanschrift:
Postfach 2024
37010 Göttingen
Tel. 0551 499 06-0
Fax 0551 58028
E-Mail: info@gfbv.de
Web: www.gfbv.de



@bedrohteVoelker



@GfbV



@GfbV.de



GfbVde



Für Vielfalt



Für Vielfalt

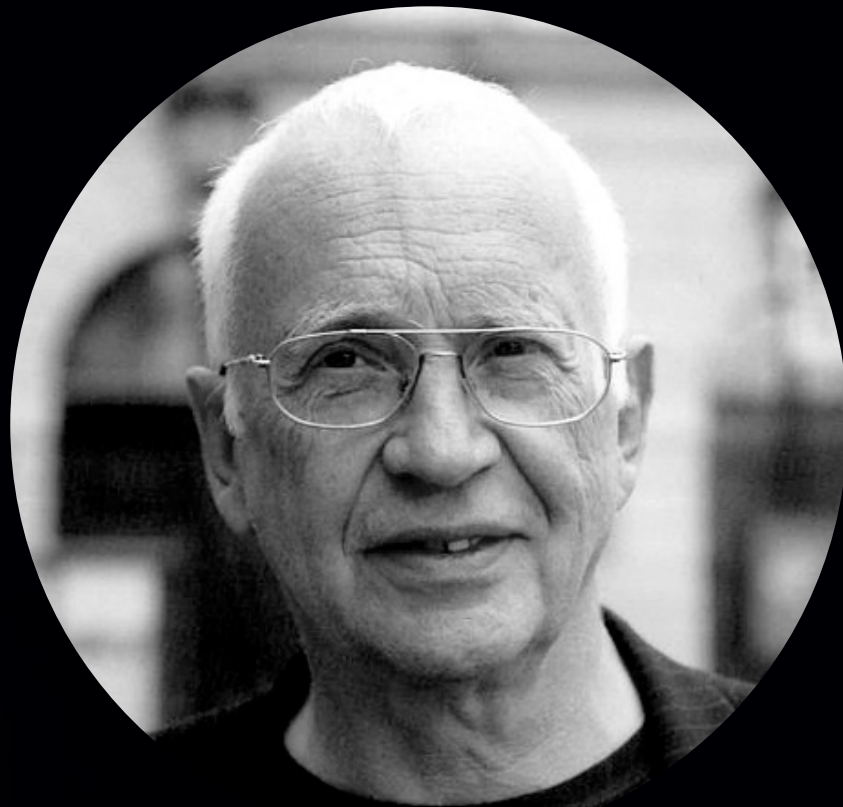
Zweigstelle in Berlin

Gesellschaft für bedrohte Völker
Kaiser-Friedrich-Straße 90
10585 Berlin
Tel. 030 42804891, Fax 030 42804916
E-Mail: info@gfbv.de

Im Gedenken an Tilman Zülch

* 2. September 1939
Deutsch Liebau

+ 17. März 2023
Göttingen



Die Gesellschaft für bedrohte Völker trauert um ihren Gründer

Tilman Zülch

* 2. September 1939 † 17. März 2023
in Deutsch-Liebau in Göttingen

Wir verlieren einen visionären Menschenrechtler und unerschrockenen Kämpfer gegen Völkermord, Vertreibung, Ungerechtigkeit und Leid.

Wir verlieren einen Freund, Ratgeber und Wegbegleiter.

Wir sind dankbar für Deinen Mut, Deine Kraft und Dein Vorbild.

Wir werden Dein Lebenswerk weiterführen und die Rechte von Minderheiten und bedrohten Völkern weltweit verteidigen.

Der Vorstand und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
der Gesellschaft für bedrohte Völker

Die Trauerfeier findet am Samstag, dem 1. April 2023, um 10.00 Uhr in der Kapelle des Städt. Friedhofs Göttingen-Junkerberg statt; im Anschluss erfolgt die Urnenbeisetzung.

Im Sinne von Tilman Zülch bitten wir anstelle freundlich zugedachter Blumen um eine Spende zugunsten der Menschenrechtsarbeit der Gesellschaft für bedrohte Völker. (IBAN: DE07 2512 0510 0000 5060 70 – Kennwort: „Lebenswerk Tilman Zülch“).

Bestattungshaus Benstem, Rote Straße 32, 37073 Göttingen

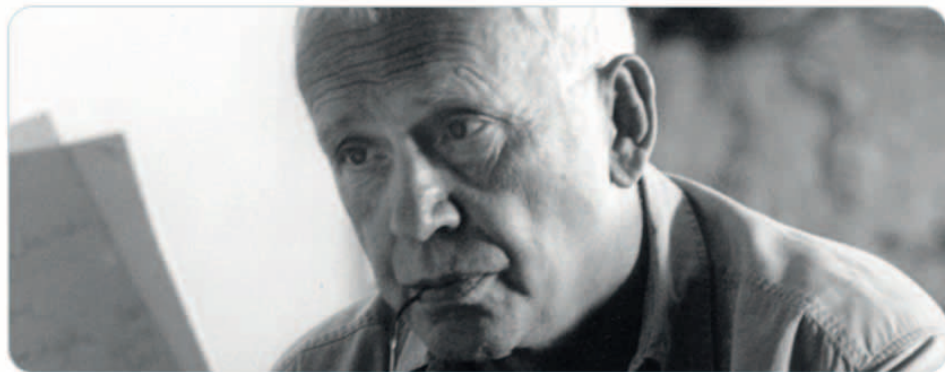


Jürgen Trittin ✓

@JTrittin

...

Wir trauern um Tilman Zülch. Mit ihm verlieren wir einen wichtigen Kämpfer für die Menschenrechte weltweit. Über Jahrzehnt hat er die von ihm gegründeten @Gfbv geprägt und sich für den Schutz von Minderheiten weltweit eingesetzt. 1/2



Jürgen Trittin ✓

@JTrittin

Er hatte maßgeblichen Anteil an der öffentlichen Anerkennung des Völkermordes der Nationalsozialisten an den Sinti und Roma. Tilman war auch ein - durchaus streitbarer - Mitgründer der @GrueneGoe. Wir werden ihn vermissen.



Jan Ilhan Kizilhan (personal account (4=1)) @janilkiz · 19. März ...

The human rights activist Tilman Zülch has passed away. I have known Tilman Zülch since my student times, and he has always stood up for minorities all over the world. He fought and did not back down an inch when it came to human rights. Rest in peace! @GfbV @SidoKamal



Mehmet Tanriverdi ☀

@MemoTanriverdi ...

Die bedrohten Völker haben einen Befürworter und die #Kurden haben einen Freund verloren.

Der Gründer der @GfbV, Tilman Zülch ist im Alter von 83 Jahren in #Göttingen verstorben. Ruhe in Frieden!

@KGDOOnline @SidoKamal





Dženeta Hodžić
@dznta_h

...

Tilman Zülch has been fighting relentlessly for refugees & victims of the genocide in Bosnia at a vital time. He personally & privately helped my aunt by going way beyond what might be considered standard activism. He will be missed in Göttingen & beyond. Forever grateful, RIP



Weltkongress der Uiguren
@WUiguren

...

Der WUC trauert um Tilman Zülch, den Gründer von [@GfbV](#).

Herr Zülch war ein leidenschaftlicher Menschenrechtsverteidiger & einer der prominentesten Aktivisten in Deutschland. Seine Arbeit zur Verhinderung von Völkermord & Gräueltaten hat viele inspiriert.



FUEN
@FUEN_Info

...

🥲 A great fighter for human rights has passed away. We mourn Tilman Zülch, the founder of the Society for Threatened Peoples ([@GfbV](#)).

[Tweet übersetzen](#)



We mourn the death of **Tilman Zülch**,
founder of the Society for Threatened Peoples (GfbV)
and long-time friend of FUEN.



Düzen Tekkal ✓
@DuezenTekkal

...

Ein Visionär der Menschenrechtsarbeit, der meinen Papa und mich tief geprägt hat. Ohne die [@GfbV](#) und [#TilmanZülch](#) wüsste niemand in Deutschland 🇩🇪 wer die Jesiden sind. Hier war unsere erste (politische) Heimat. Sein Einsatz für die indigenen Völker und uns bleibt unvergessen. RIP

Impressum



Gesellschaft für bedrohte Völker e.V. (GfbV)
Postfach 2024, D-37010 Göttingen
Tel.: +49 551 49906-0, Fax: +49 551 58028
E-Mail: info@gfbv.de, www.gfbv.de

Spendenkonto bei der Bank für Sozialwirtschaft:
(IBAN) DE07 2512 0510 0000 506070
(BIC) BFSWDE33HAN

Die GfbV ist eine Menschenrechtorganisation für verfolgte ethnische und religiöse Minderheiten; NGO mit beratendem Status bei den Vereinten Nationen und mit mitwirkendem Status beim Europarat. Sektionen, Büros und Repräsentant*innen in Bosnien-Herzegowina, Deutschland, Großbritannien, Südtirol/Italien, Kurdistan/Irak, der Schweiz und den USA.

Redaktion: Jonas Bermaoui

Layout: Tanja Wieczorek

Titelbild: GfbV-Protest vor dem Bundeskanzleramt
Foto: Tabea Giesecke/GfbV

Herausgegeben von der
Gesellschaft für bedrohte Völker
im September 2023

Für Menschenrechte. Weltweit.



Gesellschaft für
bedrohte Völker

Für Menschenrechte. Weltweit.



Gesellschaft für
bedrohte Völker

Postfach 2024, D-37010 Göttingen

Tel.: +49 551 49906-0

Fax: +49 551 58028

E-Mail: info@gfbv.de

www.gfbv.de

Spendenkonto

bei der Bank für Sozialwirtschaft:

(IBAN) DE07 2512 0510 0000 506070

(BIC) BFSWDE33HAN